



**Protokoll der 9. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, den 13. Juni 2012, 17.00 Uhr, Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Herbert Vetter

Namensaufruf: 35 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderatsmitglieder Jürg Joss, Ruth Kern-Brüschweiler,
Michael Krucker, Lisa Landert, Christoph Tschanen

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Sekretär: Jost Kuoni

TRAKTANDEN:

- 40 Persönliche Erklärung von Gemeinderat Urs Herzog zur Protestnote der Fraktion CH/Grüne/GLP
- 41 Mitteilungen
- 42 Protokolle der Sitzungen vom 25. April und 9. Mai 2012
- 43 Ersatzwahl eines Mitglieds der Einbürgerungskommission (Nachfolge von Heinz Pfändler, Fraktion CVP/EVP)
- 44 Ersatzwahl eines Mitglieds der Redaktionskommission (Nachfolge von Heinz Pfändler, Fraktion CVP/EVP)

- 45 Geschäftsbericht und Rechnungen der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe für das Jahr 2011; Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung
- 46 Interpellation von Gemeinderat Christian Schmid betreffend "Aktive Unterstützung privater Eigentümer und Investoren von Solarstromanlagen"; Einreichung und Begründung
- 47 Interpellation von Gemeinderat Peter Wildberger betreffend "Fussgängerzone und Koordination der Parkieranlagen für die publikumsintensiven Einrichtungen im Gewerbegebiet Langdorf, Frauenfeld-Ost"; Einreichung und Begründung
- 48 Stellungnahme des Stadtrates betreffend Vorwurf Amtsgeheimnisverletzung

- - -

Die Sitzung wird durch den **Ratspräsidenten** für einmal angesichts der laufenden Fussball-EM mit der Schiedsrichterpfeife, anstatt mit der Glocke, mit nachfolgenden Worten eröffnet:

"Sehr geehrter Herr Stadtammann, Damen und Herren Stadträte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates.

Ich freue mich ausserordentlich, nun mein erstes Spiel von Anfang an pfeifen zu dürfen und kann Sie schon heute beruhigen: In der nächsten Sitzung wird Fussball kein Thema mehr sein. Ich nehme dann wieder das Glöckli in die Hand.

Heute steht der Rechnungsabschluss 2011 der Stadt Frauenfeld inklusive Werkbetriebe und Alterszentrum Park zur Diskussion. Und um 20.45 Uhr wird ein nicht minder wichtiges EM-Spiel, nämlich Deutschland gegen die Niederlande angepfeifen, dann aber nicht mehr von mir. Ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb bitten, Ihre Voten so kurz wie möglich und so lange wie notwendig zu gestalten. Den Fussballfreundinnen und -freunden hier im Rat tun Sie damit einen Gefallen."

Der **Ratspräsident** stellt nach erfolgtem Namensausruf fest, dass 35 Ratsmitglieder anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Ratsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr liegt bei 18.

Die rechtzeitig zugestellte Traktandenliste wird zur Diskussion gestellt. Dazu liegen keine Änderungsanträge vor und somit gilt diese als stillschweigend genehmigt.

Der **Ratspräsident** erteilt Gemeinderat Urs Herzog für eine persönliche Erklärung das Wort.

40

PERSÖNLICHE ERKLÄRUNG VON GEMEINDERAT URS HERZOG ZUR PROTESTNOTE DER FRAKTION CH/GRÜNE/GLP VOM 9. MAI 2012

Gemeinderat Urs Herzog: "Ich möchte noch zur Protestnote der Fraktion CH/Grüne/GLP vom 9. Mai 2012, eingereicht durch Gemeinderätin Brigitt Bohner, eine Stellungnahme anbringen. Ich bin über diese Protestnote erstaunt.

Auch die an alle Gemeinderäte und Presse verteilte Richtigstellung vom 16. Mai 2012 von Gemeinderat Christian Schmid erstaunt mich noch mehr.

Er hat mich darin aufgefordert, mit relevanten und aktuellen Fakten zu argumentieren. Er wünschte dabei keine Unwahrheiten und Irreführungen zu verbreiten! Ich komme dem gerne nach. Ich verzichte deshalb auf ein nochmaliges Herunterlesen meiner damaligen Antwort. Ich möchte den Ratsschreiber aber bitten, diesen Brief im Protokoll noch anzumerken."

Nachstehend zu Protokoll das Schreiben vom 11. Mai 2012:

Antwort auf die Protestnote der CH/Grüne/GLP

Die Protestnote der CH/Grüne/GLP vom 09.05.12, eingereicht durch Brigitt Bohner, erstaunt. Verschiedene Punkte darin entsprechen nicht den Tatsachen und dürfen deshalb nicht unwidersprochen bleiben.

Anlässlich der Budgetsitzung vom 30.11.11 wurde nicht ein Projekt "Neuhauserstrasse" bewilligt. Es lag damals noch gar keines vor. Gesprochen wurde lediglich ein Baukredit. Als Urs Herzog einige Zeit vor der Gemeinderatssitzung Einsicht in die Planung nehmen wollte, wurde ihm mitgeteilt, dass die provisorische Planung (vermutlich Vorprojekt) weder eingesehen noch kopiert werden dürfe. Er stellte deshalb auch an der Gemeinderatssitzung keinen Streichungsantrag zur Pos. "Neuhauserstrasse", er verlangte lediglich die Zurückstellung dieses Geschäftes um ein Jahr.

Das hätte Gelegenheit geboten, das Bauvorhaben mit den Anstössern und Benutzern abzusprechen.

Eine Zurückstellung wurde aber vom Stadtrat und einer Mehrheit des Gemeinderates abgelehnt. Damit stand nur noch der Weg via Einsprache gegen das Auflageprojekt offen. Bereits am 05.01.12 verfasste das in der Zwischenzeit gegründete Komitee "Pro Neuhauserstrasse" einen offenen Brief an den Stadtrat. Bis heute ist darauf weder eine Eingangsbestätigung noch eine Antwort beim Komitee eingegangen. Es wurde uns damals eröffnet, dass jetzt dann die Planauflage erfolge und da könne man ja noch Einsprache gegen das Projekt erheben.

Die öffentliche Planaufgabe erfolgte dann vom 20.01.12 bis 16.02.12. Daraufhin sind gegen das Bauvorhaben gemäss Mitteilung des Stadtrates 84 Einsprachen eingegangen (es dürften

sogar mehr gewesen sein, sind doch die meisten Einsprachen mehrfach unterzeichnet). Mit einem Sammelbrief, Datum vom 17.04.12, teilte die Verwaltungsabteilung Tiefbau den Einsprechern den Einsprache-Entscheid des Stadtrates zu. Zitat: ".....Die im Vergleich mit anderen Projekten hohe Anzahl an Einsprachen bewog den Stadtrat, nochmals grundsätzlich über das Projekt zu beraten.....".

Das hatte Urs Herzog bereits an der Gemeinderatssitzung vom 30.11.11 vorgeschlagen. Bei der Planaufgabe wurden verschiedene Angaben, die in den Richtplänen festgelegt sind, nicht eingehalten. Die Neuhauserstrasse ist gemäss Richtplan eine Quartiersammelstrasse (QSS) und im Richtplan Radverkehr als Haupttroute eingetragen. Alle im Verkehrsrichtplan der Stadt Frauenfeld ausgeschiedenen QSS weisen heute eine Fahrbahnbreite von 6,00 bis 9,00 m auf. Das verlangen die Einsprecher und Benutzer auch an der Neuhauserstrasse, zusätzlich die im Richtplan festgelegte Markierung für den Veloverkehr (nicht mehr und nicht weniger). Zur Erinnerung: Die kürzlich sanierte Hertenstrasse (QSS) weist ein einseitiges 2m Trottoir und eine Fahrbahnbreite von 6m, im oberen Abschnitt sogar 7m auf.

Komitee pro Neuhauserstrasse, c.o Urs Herzog, Wiesrain 10, 8500 Frauenfeld

Gemeinderat Urs Herzog: "Ich habe nur noch ein paar ergänzende Bemerkungen:

Zu Punkt 1 der Protestnote:

Die Behauptung, wir hätten an der Gemeinderatssitzung vom 30. November 2011 über ein Projekt abgestimmt, ist nicht zutreffend. Auch die Wiederholung im Leserbrief von Gemeinderat Schmid, wir hätten über ein Projekt abgestimmt, ist falsch. Wer von Ihnen, Damen und Herren Gemeinderäte, hat vor der Gemeinderatssitzung im November 2011 das fertige Projekt 'Neuhauserstrasse' eingesehen? - Hand hoch - keiner! Also konnten wir auch nicht darüber abstimmen.

Niemand konnte das, da keines vorlag. Auch mir hat man damals die Einsicht in den damaligen Planungsstand nicht gestattet. Am 30. November 2011 haben wir den Baukredit genehmigt. Das Strassenprojekt wurde erst vom 20. Januar - 16. Februar 2012 öffentlich aufgelegt. Im Einspracheentscheid des Stadtrates, der den Einsprechern und Einsprecherinnen mit Brief vom 17. April 2012 eröffnet wurde, steht unter anderem 'Die im Vergleich zu anderen Projekten hohe Anzahl an Einsprachen bewogen den Stadtrat, nochmals grundsätzlich über das Projekt zu beraten'. Die Einsprachen, es waren über 80, wurden als gegenstandslos am Protokoll abgeschrieben.

Zu Punkt 2 der Protestnote:

Nach meinen Erkundigungen hält sich der Stadtrat bei Strassen-Planungen an die gültigen Normen für Strassenbauten-VSS SN 640 201. Die im Auflage-Projekt festgelegte Fahrbahnbreite von 5.50 m entspricht nicht den Massen, die in der VSS SN Norm festgelegt sind. Wurde der Stadtrat von den für die Planung beauftragten Gremien falsch beraten? Die Norm hat Gültigkeit seit dem Jahr 1992. Im Jahr 2010 wurde die ETH von der VSS beauftragt, die Norm zu überprüfen. Die alten Normen aus dem Jahre 1992 / Breite Bus/LW=2,50 m und PW=1,80

m wurden auf Empfehlung der ETH im 2010 auf die Masse Bus/LW=2,55 m und PW=1,85 m verbreitert. Der Stadtrat hat bekanntlich Busse gemäss der neuen Empfehlung mit einer Breite von 2,55 m eingekauft. Ich bitte den Stadtrat die Berechnung, die zu einer Fahrbahnbreite von 5,50 m führte, offen zu legen.

Zu Punkt 3 der Protestnote:

Der Rückzug des Auflage-Projekts durch die Stadt aufgrund der eingegangenen Einsprachen verstösst nicht gegen Sinn und Geist des neuen Verkehrsrichtplans. Auf der Quartierssammelstrasse (QSS) sind keine Verkehrsberuhigungen vorgesehen. Es ist erwiesen, dass bei einer gleichmässigen Geschwindigkeit weniger Schadstoffe ausgestossen werden, als bei Stop and Go. Es trifft auch nicht zu, dass die Neuhauserstrasse eine Raserstrecke sei. Da die Neuhauserstrasse auch als eine Haupt-Veloroute festgelegt ist, gilt es dem mit einer bergwärts bezeichneten Markierung nachzukommen. Auf der neu umgebauten QSS Häberlinstrasse wurde die Bezeichnung der Veloroute vorbildlich umgesetzt.

Zu Punkt 4 der Protestnote:

Der Stadtrat hat mit dem Rückzug des Projektes einen richtigen Entscheid getroffen. Er respektiert dabei die berechtigten Anliegen der Einsprecher und Einsprecherinnen. Dies als einen Kniefall vor den 'Herzögen' zu bezeichnen, ist unangebracht und schiesst weit über eine von der CH/Grüne/GLP geforderte sachliche Diskussion hinaus, ganz zu schweigen von einer Politikultur des Anstandes. Mir Unwahrheiten oder gar bewusste Irreführungen zu unterstellen, weise ich mit Entschiedenheit zurück. Es trifft nicht zu.

An der Gemeinderatssitzung vom 30. November 2011 habe ich zur Neuhauserstrasse den Antrag gestellt, das Projekt um ein Jahr zurückzustellen. Man hätte die von mir aufgeworfenen Fragen nochmals gemeinsam mit allen Beteiligten besprechen können. Nach dem Rückzug des Projekts kann das Versäumnis jetzt nachgeholt werden.

Ich möchte deshalb die Fraktion CH/Grüne/GLP bitten, diese Unwahrheiten in ihrer vorgetragenen Protestnote im Gemeinderat als ungültig zu erklären! Ich nehme an, Ihr habt so viel Rückgrat."

41

MITTEILUNGEN

41.1 Jahresbericht Peregrina Stiftung Frauenfeld

An den Plätzen liegt der Jahresbericht 2011 der Peregrina Stiftung Frauenfeld auf.

41.2 Druckpapier

An den Plätzen liegt im Weiteren ein Paket mit Druckpapier auf, welches dazu dienen soll, allenfalls Protokolle der Rats- oder GPK-Sitzungen, die jeweils nur über das Extranet abrufbar sind, auszudrucken.

41.3 Rücktritt Gemeinderätin Brigitt Bohner

Mit Schreiben vom 3. Mai 2012 hat Gemeinderätin Brigitt Bohner ihren Rücktritt auf den 1. Juli 2012 erklärt. Ich verlese nun das Rücktrittsschreiben.

*Sehr geehrter Herr Parolari
Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates*

Hiermit möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich auf den 1. Juli 2012 von meinem Amt als Gemeinderätin zurücktreten möchte.

Ich bitte Sie, meinen Rücktritt anzunehmen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich für die gute Zusammenarbeit, die ich in den nahezu 12 Jahren meiner Amtszeit erleben konnte, herzlich danken.

Freundliche Grüsse

Brigitt Bohner.

Der Stadtrat hat mit Beschluss Nr. 143 vom 15. Mai 2012 das Ersatzwahlverfahren eingeleitet.

41.4 Würdigungen von Gemeinderätin Brigitt Bohner und Gemeinderat Heinz Pfändler

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Als Gemeinderatspräsident obliegt mir die Pflicht und auch die Ehre, zurücktretende Ratskolleginnen und -kollegen zu verabschieden. Für Brigitt Bohner und Heinz Pfändler wird die heutige Sitzung die letzte sein. Ganz knapp zwölf Jahre Amtsdauer hat CH-Gemeinderätin Brigitt Bohner verpasst. Am 11. Juli 2000 folgte sie auf Ruth Bommer, Ende Juni tritt sie nun ab. Ebenfalls per 30. Juni 2012 demissioniert EVP-Gemeinderat Heinz Pfändler. Er trat am 1. Juni 2008 die Nachfolge von Urs Burger an.

Brigitt, lange Jahre bist Du Deiner Fraktion CH/Grüne, am Schluss CH/Grüne/GLP, vorgestanden. Du hast den Rat immer wieder mit weisen, bisweilen spontanen Voten belebt. Zudem hattest Du auch Einsitz in der Begutachtungskommission für Besoldungsfragen. Herzlichen Dank für Deine politische Arbeit für Frauenfeld.

Heinz, obwohl Du 'nur' vier Jahre in unseren Reihen sassst, hast Du enorm viel Kommissionsarbeit geleistet. Du hast der Redaktionskommission vorgestanden, warst Mitglied der par-

lamentarischen Spezialkommission zur Vorberatung der Teilrevision der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements sowie der parlamentarischen Spezialkommission für die Vorberatung des Einbürgerungsreglements. Später hast Du am Einbürgerungsreglement mitgewirkt und hattest auch Einsitz in der Einbürgerungskommission.

Heinz, auch Dir möchte ich herzlich für Deinen Dienst am Gemeinwohl der Stadt Frauenfeld danken."

41.5. Interpellation aktive Unterstützung privater Eigentümer und Investoren von Solaranlagen

Gemeinderat Christian Schmid reicht heute eine Interpellation betreffend aktiver Unterstützung privater Eigentümer und Investoren von Solaranlagen ein. Die Interpellation wird während der Ratssitzung zirkulieren. Gemäss Art. 44 des Geschäftsreglements wird die Interpellation danach an den Stadtrat zur Beantwortung überweisen. Im Weiteren wird der Interpellationstext wie üblich dem heutigen Ratsprotokoll angefügt.

42

PROTOKOLLE DER SITZUNGEN VOM 25. APRIL UND 9. MAI 2012

Bis zum heutigen Zeitpunkt sind beim Büro keine Korrekturbegehren eingegangen. Aus dem Rat liegen dazu keine Wortmeldungen vor. Die Protokolle gelten somit als stillschweigend genehmigt und werden dem Ratssekretär verdankt.

43

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER EINBÜRGERUNGSKOMMISSION

(Nachfolge von Heinz Pfändler, Fraktion CVP/EVP)

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Als Nachfolge des zurücktretenden Mitglieds Heinz Pfändler wählen wir ein neues Mitglied in die Einbürgerungskommission. Die Wahl erfolgt nach Art. 56 des Geschäftsreglements. Es wird offen gewählt, sofern nicht ein Ratsmitglied eine geheime Wahl verlangt. Dies ist anscheinend nicht der Fall. Ich bitte die Fraktion CVP/EVP um einen Wahlvorschlag."

Gemeinderat Marcel Epper: "Namens der CVP/EVP-Fraktion schlagen wir Ihnen Christian Wälchli als Nachfolger vor. Er wird am 1. Juli 2012 sein Mandat als Gemeinderat antreten. Er

war bereits schon einmal in der Einbürgerungskommission. Er stellt sich nun wieder zur Wahl, um in der Einbürgerungskommission mitzuarbeiten."

Da keine weiteren Vorschläge unterbreitet und auch keine geheime Wahl verlangt wird, schreitet der **Ratspräsident** zur offenen Wahl.

Ergebnis der offenen Wahl:

Christian Wälchli wird einstimmig als Mitglied der Einbürgerungskommission für den Rest der Amtsperiode 2011/2015 **gewählt**.

44

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER REDAKTIONSKOMMISSION

(Nachfolge von Heinz Pfändler, Fraktion CVP/EVP)

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Als Nachfolge des zurücktretenden Mitglieds Heinz Pfändler wählen wir auch ein neues Mitglied in die Redaktionskommission. Die Wahl erfolgt wieder offen, sofern nicht ein Ratsmitglied eine geheime Wahl verlangt. Dies ist auch diesmal nicht der Fall. Ich bitte die Fraktion CVP/EVP nochmals um einen Wahlvorschlag."

Gemeinderat Marcel Epper: "Wir schlagen hier ebenfalls Christian Wälchli vor. Wir haben seine fachlichen Kompetenzen geprüft und sind der Meinung, dass er dieses Amt wird ausüben können. Ich bitte Sie, seine Wahl zu unterstützen."

Auch hier werden keine weiteren Vorschläge unterbreitet, sodass ebenfalls auf eine geheime Wahl verzichtet werden kann.

Ergebnis der offenen Wahl:

Christian Wälchli wird einstimmig als Mitglied der Redaktionskommission für den Rest der Amtsperiode 2011/2015 **gewählt**.

Der **Ratspräsident** gratuliert Christian Wälchli recht herzlich zu seiner Wahl in die Einbürgerungskommission und in die Redaktionskommission.

45

GESCHÄFTSBERICHT UND RECHNUNGEN DER STADTVERWALTUNG UND IHRER BETRIEBE FÜR DAS JAHR 2011*Eintreten, materielle Beratung, Beschlussfassung*

(Botschaft Nr. 11 des Stadtrates an den Gemeinderat vom 17. April 2012)

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Für die Behandlung der Rechnung 2011 stehen uns sämtliche Informationen im grauen Rechnungsordner zur Verfügung: Dies sind die Botschaft Nr. 11 des Stadtrates vom 17. April 2012, die Erläuterungen zu den Rechnungen der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe, die Revisionsberichte der Rechnungsprüfungskommission und der externen Kontrollstelle PROVIDA, der Revisionsbericht der externen Kontrollstelle Ernst & Young zur Rechnung 2011 der Pensionskasse, der Vorabzug des farbenfrohen Geschäftsberichts für das Jahr 2011 sowie weitere Unterlagen. Die zugestellten Unterlagen sind einmal mehr umfassend und im Detail sorgfältig ausgearbeitet worden. Ein grosser Dank gilt deshalb an dieser Stelle dem Stadtrat, den Abteilungsleiterinnen und -leitern sowie den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere Finanzchef Ruedi Studer.

Für die Behandlung der Rechnungsablage schlage ich Ihnen das Vorgehen vor, das sich bei den letzten beiden Rechnungen als sehr effizient erwiesen hat: Nach der Eintretensdebatte erfolgt die materielle Beratung innerhalb der einzelnen Verwaltungsabteilungen, ohne seitenweises Durchblättern. Dazu werden die GPK-Sprecherinnen und -Sprecher zu den einzelnen Verwaltungsabteilungen sowie allenfalls zu weiteren der Beratung durch den Rat unterstellten Bereichen jeweils als Erste referieren. Für Wortmeldungen zu einzelnen Abteilungen oder spezifischen Konten bitte ich Sie, jeweils Seitenzahl, Kontogruppe und Kontonummer zu nennen.

Innerhalb der Abteilung werden wir zuerst die Rechnung in Register 1 und anschliessend die zugehörige Investitionsrechnung in Register 3 beraten. Anschliessend werden der Geschäftsbericht sowie die Botschaft des Stadtrates beraten, bevor wir schliesslich über die Anträge abstimmen werden. Und nicht nach 45 Minuten, wie beim Fussball, sondern nach zirka 90 Minuten werden wir eine 15-minütige Erfrischungspause machen.

Sind Sie mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden?"

Seitens des Rates liegen keine Einwände gegen dieses Vorgehen vor, sodass der **Ratspräsident** zum Eintreten übergehen kann.

Eintreten

Gemeinderat Matthias Hotz, Präsident und Referent der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration: "Um es gleich vorweg zu nehmen: Einmal mehr schliessen die Rechnungen der Stadt und Ihrer Betriebe für das Jahr 2011 viel besser ab als budgetiert. Mit diesem guten, sehr guten Abschluss steht die Stadt aber nicht alleine da, haben doch auch der Kanton und verschiedene andere Gemeinden im Jahr 2011 deutlich besser als budgetiert abgeschlossen.

Diese vorliegenden Rechnungen wurden - wie wir schon vom Ratspräsidenten gehört haben - durch die Rechnungsprüfungskommission und die externe Kontrollstelle eingehend geprüft und als buchhalterisch grundsätzlich in Ordnung befunden. Für unseren Rat gilt es heute, diese Rechnungen nun auch politisch zu würdigen und allfällige Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

In diesem Zusammenhang kann ich an dieser Stelle auch darüber informieren, dass die GPK Finanzen und Administration dieses Frühjahr ihre Leitlinien, welche ein internes Arbeitspapier der GPK darstellen und anhand deren sie diese Rechnungen und Voranschläge überprüft, gründlich überarbeitet und neu verabschiedet hat. Dies einfach als kurze Information.

Doch nun zu diesen vorliegenden Rechnungen 2011: Der **Gesamtumsatz** unserer Stadt samt ihrer Betriebe hat sich von rund 143 Mio. Franken im Jahr 2010 um etwa 12 Mio. Franken auf rund 155 Mio. Franken im Jahr 2011 erhöht. Von diesem Zuwachs entfallen fast 9 Mio. Franken auf die Werkbetriebe, 2 Mio. Franken auf das Alterszentrum Park (AZP) und nur gut 1 Mio. Franken auf die Stadtverwaltung.

Zuerst nun zur Stadtrechnung: Bei der **Stadtverwaltung** resultiert ein Umsatz von 75 Mio. Franken, was somit nur noch knapp die Hälfte vom Gesamtumsatz aller drei Rechnungen ausmacht. Der **Bruttoertragsüberschuss** der Stadt beträgt stolze 6,2 Mio. Franken. Budgetiert worden war ein Bruttoertragsüberschuss oder Cash Flow von nur 3 Mio. Franken. Somit ist der Bruttoertragsüberschuss ganze 3,2 Mio. Franken höher bzw. mehr als doppelt so hoch als veranschlagt wurde. Dieser zusätzliche Ertragsüberschuss soll mit 2,87 Mio. Franken für zusätzliche Abschreibungen verwendet werden und mit 327'000 Franken soll der Kulturfonds der Stadt wieder auf die ursprüngliche Höhe von 1 Mio. Franken geüfnet werden.

Zu den *Einnahmen* der Stadtverwaltung: Die Ursachen für dieses deutlich bessere Resultat der Stadt liegen vor allem darin, dass die Erträge bedeutend höher ausgefallen sind als budgetiert, nämlich rund 3,7 Mio. Franken bzw. 5,2% höher. Die Mehreinnahmen entstanden gemäss weiteren Ausführungen der Verantwortlichen vor allem bei den Grundstückgewinnsteuern, den Rückerstattungen für Fürsorgeleistungen und bei weiteren Rückerstattungen.

Die *Ausgaben* der Stadt sind rund 525'000 Franken bzw. nur 0,8% höher als budgetiert. Damit kann bei den Ausgaben einmal mehr von einer eigentlichen Punktlandung gesprochen werden, die sicher auch der Ausgabendisziplin zu verdanken ist. Insgesamt hat der Aufwand gegenüber dem Vorjahr 2010 um 3,5% zugenommen.

Per Ende des Rechnungsjahres 2011 hat das bereits stolze *Nettovermögen* der Stadt Frauenfeld nochmals markant von rund 48,9 Mio. Franken auf die neue Rekordhöhe von satten 52,1 Mio. Franken zugenommen. Pro Einwohner ist damit per Ende 2011 ein Nettovermögen von 2'216 Franken vorhanden - ein sehr stolzer Betrag. In der Bestandesrechnung konnten die Schulden der Stadt um rund 7 Mio. Franken abgebaut werden. Dies alles zeigt einmal mehr die ausserordentlich komfortable finanzielle Situation unserer Stadt.

Kurz zu den Kennzahlen:

Der *Selbstfinanzierungsgrad* der Stadt beträgt per Ende 2011 gute 88%. Der *Selbstfinanzierungsanteil* liegt ebenfalls bei guten und überdurchschnittlichen 13,3%. Und der *Zinsbelastungsanteil* ist sehr tief, nämlich bei minus 3,6%, was einem eigentlichen Zinsertrag von 3,6% entspricht und ebenfalls einen Spitzenwert darstellt.

Damit komme ich zur Rechnung der Werke: Ebenfalls wiederum hervorragend und deutlich über Budget präsentiert sich auch die finanzielle Situation bei den **Werkbetrieben**. Diese erzielten 2011 einen Umsatz von 63,4 Mio. Franken, der damit nur rund 10 Mio. Franken bzw. 15% geringer ist als der Umsatz der Stadt. Die Werke können wiederum, wie schon in den Vorjahren, einen deutlich höheren Ertragsüberschuss als im Voranschlag vorgesehen ausweisen. Für das Jahr 2011 war ein Ertragsüberschuss von rund 2,4 Mio. Franken veranschlagt, es ist aber ein solcher von fast 9,3 Mio. Franken erreicht worden. Damit ist der Voranschlag einmal mehr sehr deutlich, nämlich um fast 7 Mio. Franken, übertroffen worden. Dieser nicht budgetierte beträchtliche zusätzliche Ertragsüberschuss ist vor allem beim Gas, aber wiederum auch beim EW angefallen. Aufgrund der Ableseverschiebung hat sich offensichtlich ein Einmaleffekt ergeben. Ein Teil dieser satten Überschüsse soll mit Rabatten von insgesamt 1,2 Mio. Franken beim EW und 1,5 Mio. Franken beim Gas an die Bezüger zurückgegeben werden. Einmal mehr sollen also mit solchen Rabatten Tarifsenkungen umgangen werden. Auch das Nettovermögen der Werkbetriebe konnte massiv weiter erhöht werden und zwar um über 6 Mio. Franken auf neu stolze 15,8 Mio. Franken per Ende 2011. Neben diesem grossen Nettovermögen bestehen bei den Werken auch sehr tiefe Restbuchwerte von nur noch 5,5 Mio. Franken.

Als dritte Rechnung liegt diese des **Alterszentrums Park** vor. Dieses erzielte einen Umsatz von 16,5 Mio. Franken, der gegenüber dem Vorjahr um 2 Mio. Franken zugenommen hat, was sicherlich mit der weiteren Inbetriebnahme der Parksiedlung Talacker zusammen hängt. Das AZP ist offenbar weiterhin sehr gut ausgelastet und das Tageszentrum konnte seine Belegung erfreulicherweise etwa verdoppeln. Das sind gute Nachrichten. Der Bruttoertragsüberschuss liegt mit rund 300'000 Franken im budgetierten Rahmen. Das AZP weist eine Nettoschuld von 30,7 Mio. Franken auf, was auf die grossen

Investitionen in die Gebäude, das heisst die Neubauten und Sanierungen, in den letzten Jahren zurückzuführen ist.

Bei der Betrachtung dieser Rechnungen darf aber nicht die Entwicklung bei der städtischen **Pensionskasse** ausser Acht gelassen werden. Bei dieser hat sich der Deckungsgrad von 92,2% per Ende 2010 wieder leicht auf 89,4% verschlechtert, was sicher primär mit der Börsenentwicklung zusammen hängt. Bei der Pensionskasse wird zurzeit offenbar ein Anschluss an eine andere Kasse geprüft, womit dort noch eine grosse und wohl auch kostenintensive Baustelle auf uns zukommen wird.

Im Rahmen der Diskussion aller dieser Rechnungsabschlüsse wurde auch die Kritik laut, die Stadt würde systematisch zu vorsichtig budgetieren. Dies mag tatsächlich ein gewisser Trend sein. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass eine Differenz des Bruttoertragsüberschusses von 3,2 Mio. Franken bei einem Umsatz von 75 Mio. Franken nur eine Abweichung im Bereich von 4% ergibt, was meines Erachtens akzeptabel ist. Dennoch sind **Schlussfolgerungen** aufgrund dieses erneut sehr positiven Rechnungsabschlusses zu prüfen. Obwohl auf dieses Jahr eine Steuersenkung von 3% beschlossen wurde, ist auch die Laufende Rechnung dieses Jahres nun offenbar bei den Steuern wieder gut auf Kurs und liegen bisher wiederum offenbar deutlich höhere Grundstückgewinnsteuern vor, als budgetiert worden ist. Diese Entwicklung ist deshalb bis zur Verabschiedung des Voranschlags 2013 im Herbst weiter im Auge zu behalten, und eine weitere Steuersenkung ist damit keineswegs ausgeschlossen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und *zusammenfassend* kann ich nochmals festhalten, dass die Rechnungen 2011 unserer Stadt und ihrer Betriebe einmal mehr wie ausgeführt sehr positiv ausgefallen sind. Dazu kann dem Stadtrat ein Kompliment ausgesprochen werden und wir hoffen, er zieht daraus aber auch die nötigen Konsequenzen.

Abschliessend bleibt mir, zu den vorliegenden drei Rechnungen 2011 im Namen aller drei GPKs zu danken, für die Arbeit des Stadtammanns und seiner Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat. Zu danken ist aber auch dem Finanzchef sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, eingeschlossen die Finanzverantwortlichen und alle Mitarbeiter der Werkbetriebe und des städtischen Alterszentrums Park, die alle zu diesem guten Resultat und dieser gesunden Finanzlage unserer Stadt und ihrer Betriebe beigetragen haben.

Es ist uns auch ein reich illustrierter umfassender Geschäftsbericht vorgelegt worden. Dieser ist unter der Federführung des Informationschefs Andreas Anderegg erstellt worden und wurde wiederum - wir haben es vom Ratspräsidenten schon gehört - von Martin von Siebenthal lektoriert. Auch für diese grosse Arbeit sei an dieser Stelle gedankt. Die drei GPKs empfehlen diesen Geschäftsbericht einstimmig zur Genehmigung.

Namens der GPK Finanzen und Administration beantrage ich Ihnen, auf die Rechnungen der Stadt und ihrer Betriebe für das Jahr 2011 einzutreten und den Anträgen gemäss Botschaft zuzustimmen. Besten Dank."

Gemeinderat Peter Hausammann: "Ich spreche für die Fraktion CH/Grüne/GLP. Wir sind für Eintreten. Ich spreche zur Laufenden Rechnung, zur Gesamtrechnung und übe in einem Punkt Kritik.

Laufende Rechnung

Ich kann es hier relativ kurz machen. Ich kann mich im Wesentlichen den Ausführungen des GPK-Präsidenten anschliessen. Als Ergänzung: Die Bruttoertragsüberschüsse sind im Vergleich zum Voranschlag tiefgrün.

Bei den Werken sogar grüner als grün (9,3 statt 2,4 Mio. Franken). Mit dem Einmaleffekt und den Rückzahlungen ist das erklärt und reduziert. Aber hier - apropos 'grüner als grün' noch einmal: Die Werke sollen nicht in erster Linie Gewinne aus Kauf und Verkauf von Energie machen, sondern Haushalte, Gewerbe und Industrie sicher, nachhaltig und preiswert mit Energie versorgen. Bei der Förderung erneuerbarer Energie haben die Werke - vorsichtig und nett ausgedrückt - noch beträchtlichen Spielraum.

Zum Bruttoertragsüberschuss von 6,2 Mio. Franken bzw. zur Differenz von 3,2 Mio. Franken zum Budget: Diese 3,2 Mio. Franken, die vom GPK-Präsident im Vergleich zu den 75 Mio. Franken als in Ordnung qualifiziert worden sind, was auch meine Meinung ist - kann oder muss man noch weiter relativieren. Sie erinnern sich vielleicht noch an die Budgetdebatte, im Rahmen derer ich damals darauf hingewiesen habe, dass wir nicht genügend hohe Abschreibungen budgetiert haben, weil der Stadtrat ein ausgeglichenes Budget vorlegen wollte, statt korrekterweise mit genügend hohen Abschreibungen gemäss Mindestabschreibungssatz ein Defizit. Wenn man das berücksichtigt, dann haben wir noch eine Differenz von 2,3 bis 1,3 Mio. Franken, je nach dem Mindestabschreibungssatz von 8 oder 10%. Damit ist die Luft eigentlich draussen. Oder anders gesagt, ein solcher operativer Bruttoertragsüberschuss ist nichts Besonderes, jedenfalls kein Ergebnis, das schon wieder eine Steuerfussenkungsdebatte befeuern könnte. Hier bin ich anderer Meinung, wie der GPK-Präsident. Das ist offenbar auch seine persönliche Meinung. Dies wurde jedenfalls so nicht in der GPK diskutiert.

Etwas Unbehagen macht uns, dass die Rechnung Jahr um Jahr deutlich besser ist als der Voranschlag. Während Steueramt und Stadtrat bei den Steuererträgen - das wurde uns in der GPK sehr schön aufgezeigt - insgesamt gesehen durchaus gut prognostizieren, fallen Positionen unter dem Titel 'Entgelte/Rückerstattungen' immer wieder stark aus dem budgetierten Rahmen. Wir bitten, diesen Punkt zu prüfen und Positionen, die immer wieder höher als angenommen ausfallen, allenfalls tatsächlich höher zu budgetieren.

Gesamtrechnung

Die Gesamtrechnung ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Investitionsrechnung und Laufender Rechnung. Das Ergebnis zeigt erstens, inwieweit wir die Investitionen selber finanzieren können und verändert deshalb zweitens entsprechend das Nettovermögen, den Finanzierungsüberschuss oder den Finanzierungsbedarf. Diese Zahlen muss man sich leider in der Botschaft zusammensuchen bzw. ausrechnen. Ich bitte den Stadtrat, in Zukunft hier doch in der Gesamtübersicht am Anfang nebst der guten schematischen Darstellung auch eine kleine tabellarische Darstellung aufzuführen, in welcher neben den Ergebnissen der Laufenden

Rechnung und der Investitionsrechnung eben auch ausdrücklich der Betrag, das Ergebnis, die Zahlen der Gesamtrechnung enthalten sind, wie dies zum Beispiel der Kanton schon lange macht. Eine entsprechende Grundlage haben wir im Griff 2 in unserem Rechnungsordner. Hilfreich wäre, wenn diese Zahlen natürlich auch bereits schon im Budget enthalten wären. Da verfügen wir jeweils in diese Richtung über noch nichts.

Konkret haben wir bei der Stadt ein ausgewiesenes Ergebnis von minus 0,7 Mio. Franken (Seite 2 in der Botschaft). Wir haben allerdings noch zwei andere Zahlen vorliegen. In der Gesamtübersicht im Griff 2 des Rechnungsordners sind es minus 1,4 Mio. Franken und anlässlich der Präsentation vom 24.4.2012 waren es minus 1,0 Mio. Franken. Da sollte man sich vielleicht einigen, welches nun die richtige Zahl ist. Die 'richtigste Zahl' ist meines Erachtens die minus 0,7 Mio. Franken. Tatsächlich sind es aber eigentlich 3,2 Mio. Franken. Ich komme noch darauf zurück. In diesem Zusammenhang ist eben auch noch das Nettovermögen von 52,1 Mio. Franken bei der Stadt zu erwähnen! Bei den Werken erhöht sich das Nettovermögen um 6,3 Mio. Franken, was neu einem Nettovermögen von 15,8 Mio. Franken entspricht. Beim AZP sind minus 4,6 Mio. Franken zu verzeichnen, was ein Nettovermögen bzw. eine Nettoschuld von minus 30,7 Mio. Franken ergibt. Für die Stadt ergibt dies insgesamt konsolidiert immer noch ein komfortables Nettovermögen von 37,3 Mio. Franken. Diese Zahlen sind gut bis sehr gut, mit Ausnahme der ziemlich hohen Nettoschuld des AZP, die damit das sehr hohe Nettovermögen der Stadt entsprechend relativiert. Vor etwa vier Jahren als die Rechnung noch zusammen war, hätte man auch entsprechend etwa 22 Mio. und nicht 52 Mio. Franken ausgewiesen. Die Frage an den Stadtrat: Auf welchem Niveau soll sich das Nettovermögen des AZP einpendeln und wie soll dieses Ziel erreicht werden?

Nun komme ich zur angesagten Kritik: Sie betrifft nicht das Rechnungsergebnis, das sehr gut ist, und auch nicht die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - im Gegenteil, diese wird auch unsererseits bestens verdankt. Sie betrifft viel mehr die Rechnungslegung in einem bestimmten, bedeutenden Punkt. Die Stadt kauft und verkauft Immobilien, vor allem unbebautes Land, um damit unter anderem die Entwicklung der Stadt mitsteuern zu können. Das ist gut so. Auch wenn die Stadt keine Liegenschaftshändlerin ist, hat dies den höchst angenehmen Nebeneffekt, dass bei Verkäufen regelmässig Gewinne, zum Teil hohe Gewinne, anfallen, weil eben besser verkauft werden kann als gekauft worden ist. Auch das ist natürlich gut so, jedenfalls so lange, als die Stadt vernünftige Preise verlangt. Im letzten Jahr hat die Stadt aus dem Verkauf von Liegenschaften einen Gewinn von 3,9 Mio. Franken, erzielt wie die Nachfrage in der GPK ergeben hat. Das Problem ist, dass dieser Gewinn nirgends in der Erfolgsrechnung erscheint, sondern direkt in der Bilanz, im Eigenkapital verbucht wird. Wir kritisieren diese Praxis und fordern aus vier Gründen eine transparente Rechnungslegung auch in diesem Punkt.

1. Diese Praxis widerspricht dem Grundsatz einer transparenten Rechnungslegung, dem Grundsatz 'True and Fair View', wonach die Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild nicht nur der Vermögenslage, sondern auch der gesamten Finanz- und Ertragslage wiedergeben soll.
2. Zwar werden Bilanz, und damit Eigenkapital und Nettovermögen korrekt ausgewiesen. Hingegen stimmt es nicht mit der Erfolgsrechnung und der Gesamtrechnung zusammen.

Laufende Rechnung

Wenn ich beispielsweise eine Liegenschaft für 8 Mio. Franken kaufe und für 10 Mio. Franken verkaufe, dann gibt es keinen Grund, den Gewinn von 2 Mio. Franken nicht als Gewinn in der Ertrags- bzw. Erfolgsrechnung auszuweisen. Man kann allenfalls sagen, solche Gewinne aus Liegenschaftenkäufen und -verkäufen gehörten nicht zum - sagen wir mal - 'operativen Geschäft' der Stadt. Die Konsequenz davon wäre, zumal diese Gewinne in der Regel über mehrere Jahre anwachsen, dass man diese Gewinne aus Liegenschaftensverkäufen oder Aufwertungen zusätzlich zum bisher ausgewiesenen Gewinn als ausserordentliche Erträge offen legt - quasi als zweiten Teil der Erfolgsrechnung - und damit auch ein entsprechender Gesamtgewinn ausgewiesen wird. 2011 würde das heissen, diese 6,2 Mio. Franken aus dem operativen Geschäft plus die 3,9 Mio. Franken aus ausserordentlich, was dann eben einen gesamthaften Bruttoertragsüberschuss von 10,1 Mio. Franken ergibt. In der Gesamtrechnung auf Seite 2 der Botschaft wird ein Finanzierungsbedarf von 0,7 Mio. Franken ausgewiesen. Das ist nicht zutreffend! Die Immobiliengewinne erhöhen die Selbstfinanzierungskapazität konkret 2011 um 3,9 Mio. Franken. Damit haben wir nicht einen Finanzierungsbedarf von 0,7, sondern einen Finanzierungsüberschuss von 3,2 Mio. Franken. Die Gesamtrechnung schliesst nicht mit minus 0,7, sondern mit plus 3,2 Mio. Franken. Um diese 3, 2 Mio. Franken erhöht sich deshalb das Nettovermögen.

3. Mit der bisherigen Praxis wird der Gemeinderat umgangen. Der Gemeinderat beschliesst über die Verwendung der in der Botschaft als Nettoertragsüberschuss genannten Differenz zwischen tatsächlichem und budgetiertem Ergebnis der Laufenden Rechnung - ich verweise auf die Anträge 2.2.1 bis 2.2.3. Wenn wir schon über die Zuweisung von Fr. 74.32 in das Eigenkapital entscheiden dürfen, kann es wohl nicht sein, dass wir über die Verwendung von 3,9 Mio. Franken nichts zu sagen haben, nur weil sie aus dem Verkauf von Liegenschaften kommen."

Der **Ratspräsident** unterbricht an dieser Stelle die Ausführungen von Gemeinderat Peter Hausammann mit dem mahnenden Hinweis auf die zehnmünütige Redezeitbeschränkung. Mit dem Einverständnis des **Ratspräsidenten** darf Gemeinderat Peter Hausammann sein Votum fortsetzen und zu Ende führen.

Gemeinderat Peter Hausammann: "Im Gemeinderat und nicht auf dem Finanzamt muss diskutiert werden, was wir mit den Immobiliengewinnen machen.

4. Es geht schliesslich nicht um Peanuts. Gemäss den Angaben, die ich in der GPK erhalten habe, wurden in den letzten zehn Jahren aus dem Immobiliengeschäft inkl. Auflösung stiller Reserven 17,465 Mio. Franken erzielt, im Durchschnitt pro Jahr also rund 1,75 Mio. Franken. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Wir haben nicht 3,9 Mio. Franken mehr in der Kasse. Aber wir haben 3,9 Mio. Franken mehr eingenommen als in der Erfolgsrechnung ausgewiesen. Wir haben deshalb nicht eine Finanzierungslücke, sondern einen Finanzierungsüberschuss. Klar ist auch, dass wir nicht jedes Jahr mit einem solchen Zusatzertrag rechnen können. Klar ist weiter, dass wir dieses Geld gut gebrauchen können, wenn ich an die Finanzierungslücken gemäss Finanzplan oder an die Neuordnung der Pensionskasse - Kollege Hotz hat es angetönt - denke. Es geht darum, dass die Rech-

nung alle Erträge sauber und transparent ausweist und der Gemeinderat über deren Verwendung beschliessen kann.

Ich stelle keinen Antrag. Ich habe diesen Punkt in der GPK zur Diskussion gestellt. Auf Anregung und Wunsch des Stadtmanns reiche ich nicht heute meinen Antrag ein. Mir geht es nicht direkt um die Rechnung 2011, sondern um eine künftige transparente Rechnungsablage, weshalb ich diese Sache mittels eines separaten Vorstosses in den Rat geben werde. Danke für die zusätzlichen eineinhalb Minuten."

Gemeinderat Fredi Marty: "Ich kann mich wesentlich kürzer fassen und muss die Zahlen nicht nochmals wiederholen. Ich schliesse mich der Meinung von GPK-Präsident Mathias Hotz an, dass bei einem Umsatz von 75 Mio. Franken die Differenz bezüglich des Bruttoertragsüberschusses im Rechnungsabschluss 2011 nicht so weit daneben liegt. Aber dennoch, der Bruttoertragsüberschuss ist rund doppelt so gut wie im Voranschlag ausgefallen. Im Vergleich schloss die Laufende Rechnung 2010 der Stadt um 3,3 Mio. Franken besser ab als budgetiert. In der Rechnung 2009 war damals dasselbe Erfolgslied zu verzeichnen, nämlich mit einem Bruttoertragsüberschuss, der 3,2 Mio. Franken höher als erwartet ausfiel. Und jedes Mal schlossen die Werke auch deutlich besser ab.

Ich finde es schön, dass die Bezügerinnen und Bezüger Tarifreduktionen der Werke profitieren können. Ich glaube aber kaum, dass in diesem Rat eine weitere Senkung des Steuerfusses im Rahmen des Voranschlags 2013 durchkommen wird.

Mir reichen die Begründungen für die Abweichungen vom Voranschlag nicht aus. Es heisst dann: 'Schwer zu budgetierende Positionen wie Grundstückgewinnsteuer und Rückerstattungen bei der Fürsorge' oder der 'Soziallastenausgleich schwierig einzuschätzen' usw. In anderen Jahren wiederum sind es die Entgelte, die nicht gut vorhersehbar sind.

Ich bin weit davon entfernt zu behaupten, der Stadtrat budgetiere unseriös, aber vielleicht zu vorsichtig oder sogar zu ängstlich, vor allem was die Erträge anbetrifft. Wir müssen in unserem Rat ein besonderes Augenmerk darauf legen, dass im nächsten Voranschlag diesbezüglich verlässlichere Zahlen enthalten sind. Danke."

Gemeinderat Pascal Frey: "Ich spreche im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso zum Eintreten zur Rechnung der Stadt, ihrer Betriebe und des AZP.

Schön, dass es unserer Stadt noch immer so gut geht, obwohl wir immer wieder den Mahnfinger erheben - müssen.

Wir werden ihn auch dieses Jahr wieder erheben, den Mahnfinger, und zwar wegen der Ausführungsgrade. Bei der Stadt liegt dieser gerade noch bei 75,4%; bei den Werken teilweise noch viel tiefer. Natürlich kann man nicht immer investieren und es ist richtig, dass man es in solchen Zeiten sein lässt. Doch dieser restliche Viertel der nicht ausgeführten Investitionen entspricht beinahe den zusätzlichen Abschreibungen von 2,8 Mio Franken. Hier müssen wir aufpassen, dass die Infrastruktur nicht darunter leidet. Deshalb mahnen wir an dieser Stelle, dass die budgetierten Projekte besser mit den tatsächlich ausgeführten

übereinstimmen müssen. Wir sehen aber, dass die spätere Budgetierung eigentlich zu genaueren Ergebnissen führt. Das ist erfreulich.

Wir haben die Rechnungen aber nicht nur oberflächlich angeschaut, sondern uns intensiv damit auseinandergesetzt. Positiv aufgefallen sind uns zum Beispiel die Aus- und Weiterbildungskosten, welche wiederum über dem Budget lagen. Das ist positiv, nicht weil das Budget überschritten wurde, sondern deshalb, weil gut ausgebildetes Personal mehr wert als diese 9'000 Franken sind, die wir über dem Budget liegen.

Bei der Fachkommission Stadtbuss haben wir uns allerdings gefragt, wieso hier nur 520 Franken gebraucht wurden, da doch die Linie 5 letztes Jahr einiges zu reden gab. Auch fragten wir uns, wohin die Baumpflege - das komplette Konto 2241 - verschwunden ist.

An diesen Stellen wären Erläuterungen sinnvoll gewesen. Wir sind der Meinung, dass es die ungeschriebene Regel gibt, dass Budget-Abweichungen von mehr als 10% in den Erläuterungen erscheinen - deshalb möchten wir hier noch einmal darauf hinweisen.

Des weiteren möchten wir einen Input zur Verwendung der Spezialfinanzierung Parkierungen geben. Im Konto 2230, Brücken und Stege, wird nichts aus der Spezialfinanzierung entnommen. Hier könnte man unserer Meinung nach ab dem nächsten Jahr auch einen Betrag einsetzen.

Zu den Werkbetrieben werde ich bei den stadträtlichen Anträgen einen Antrag zur Verwendung des Überschusses stellen.

Zum Schluss danken wir allen Beteiligten für die genau geführte Rechnung und sind einstimmig für Eintreten."

Gemeinderat Bruno Diethelm: "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU, die an ihrer Fraktionssitzung vom 30.05.2012 die Rechnungslegung 2011 der Stadtverwaltung und die separat geführten Rechnungen der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park durchberaten hat. Wie immer stand uns umfangreiches Zahlenmaterial zur Verfügung.

'Freude herrscht', ich habe es an dieser Stelle schon öfters bemerkt. 'Freude herrscht' für dieses Geschäft - Sie mögen erstaunt sein, für einmal in unserer ganzen Fraktion.

Wir haben von den sehr guten Rechnungsabschlüssen Kenntnis genommen. Eine Übersicht und Analyse hat unser GPK-Präsident Matthias Hotz eingangs bereits ausführlich vorgetragen.

Die Unterlagen, die uns zur Verfügung standen, sind wie üblich sehr übersichtlich. Die Erläuterungen zu den grösseren Abweichungen in den einzelnen Abteilungen und Konti gegenüber den budgetierten Posten sind klar formuliert, verständlich und nachvollziehbar.

Die Laufende Rechnung 2011 der Stadtverwaltung schliesst mit Einnahmen von rund 75 Mio. Franken und Ausgaben von rund 68,80 Mio. Franken mit einem Bruttoertragsüberschuss von 6,21 Mio. Franken ab.

Das Ergebnis erlaubt somit, neben den ordentlichen budgetierten Abschreibungen von rund 3,01 Mio. Franken, zusätzliche Abschreibungen in der Höhe von 2,87 Mio. Franken vorzunehmen. Die in der Botschaft vorgeschlagene zusätzliche Einlage von 327'000 Franken in den Kulturfond der Stadt Frauenfeld fand jedoch nicht die volle Zustimmung unserer Fraktion.

Das Nettovermögen ist von 48,93 Mio. Franken (Rechnung 2010) auf 52,15 Mio. Franken angewachsen. Ein gutes Polster, wie wir meinen, welches uns für zukünftige finanzpolitische Aufgaben und Entscheidungen zur Verfügung stehen wird.

Rechnung der Werkbetriebe

Erfreulich zeigt sich ebenfalls die Rechnung 2011 der Werkbetriebe. Sie wird uns nach einem separaten Kontenplan präsentiert.

Die drei Werke zusammen haben Erträge von Fr. 63,41 Mio. Franken erwirtschaftet. Als Nettoertragsüberschuss sind zusätzlich rund 6,99 Mio. Franken übrig. Die Verwendung und die Aufteilung der Überschüsse, wie sie in den Anträgen zur Botschaft Punkt 2.3.1 / Punkt 2.3.2 / Punkt 2.3.3 aufgeführt sind, fanden in unserer Fraktion die volle Zustimmung.

Rechnung des Alterszentrums Park

Die separat geführte Rechnung 2011 des AZP zeigt uns folgende Fakten auf: Mit Erträgen von 16,47 Mio. Franken und Aufwendungen von 15,38 Mio. Franken standen 1,09 Mio. Franken für Abschreibungen und Einlagen in eine Spezialfinanzierung zur Verfügung. Unsere Fraktion nimmt den positiven Rechnungsabschluss des Alterszentrums erfreut zur Kenntnis und stimmt den Anträgen für die Verwendung des Überschusses zu.

Ich komme zum Schluss

Wir stellen fest:

- Ein weiterer, sehr guter Rechnungsabschluss der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park liegt vor.
- Währenddem das Gesamttotal der Aufwandsposten aller drei Rechnungen, wie budgetiert, praktisch überall eingehalten werden konnte, haben Mehrerträge zusätzliche Abschreibungen, Tarifrückerstattungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen und eine Zuweisungen in den Kulturfond der Stadt Frauenfeld ermöglicht.
- Das Nettovermögen der Stadt Frauenfeld ist per Ende 2011 auf stattliche 52,15 Mio. Franken angestiegen.

Die Fraktion FDP/SVP/EDU gratuliert und dankt dem Stadtrat für die sehr guten Rechnungsabschlüsse 2011 der Stadt, der Werkbetriebe und des AZP. Unser Dank geht auch an den Finanzchef der Stadtverwaltung, Ruedi Studer, an den Kfm. Leiter der Werkbetriebe, Michael Gemperle, sowie an Ruth Gerber als Leiterin Administration des AZP, sowie an alle Verant-

wortlichen der Abteilungen und Betriebe und an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Ein besonderer Dank unserer Fraktion geht aber auch an den Informationschef, Andy Anderegg, sowie an Alt-Gemeinderat Martin von Siebenthal für die Aufbereitung einer informativen Dokumentation der Rechnungen 2011 und der Geschäftsberichte, welche den Stimmbürgern über Internet und am Schalter im Rathaus zur Verfügung gestellt werden.

Unsere Fraktion ist für Eintreten und wird den Anträgen, wie sie in der Botschaft Nr.11 formuliert sind, zustimmen."

Gemeinderat Christoph Regli: "Wir freuen uns natürlich sehr darüber, dass alle Rechnungen deutlich besser ausgefallen sind als in den Voranschlägen prognostiziert. Die Differenzen sind erklärbar und mehrheitlich einmalig. Insbesondere sind dies:

- das 13-monatige Jahr auf der Einnahmenseite bei den Werken;
- die Mehreinnahmen in den verschiedenen Sparten bei den Steuern;
- und auch die ausserordentlich erfreuliche Belegung im Alterszentrum Park.

Natürlich wird dies dadurch unterstützt, dass in den verschiedenen Parametern, insbesondere auf der Einnahmeseite, traditionell sehr vorsichtig budgetiert wurde. Wir sind aber der Meinung, dass dies auch nicht geändert werden muss.

Zuhanden von Fredi Marty: Die letzten drei Jahre werden allgemein als 'Krisenjahre' bezeichnet. Wer in den jeweiligen Budgetphasen dieser Jahre höhere Steuererträge hätte einsetzen wollen, wäre vermutlich nicht nur als 'vorsichtiger Zweckoptimist', sondern als 'Spinner' bezeichnet worden.

Für einmal möchten wir hier den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt aller Abteilungen vorwegnehmen. Es ist nicht selbstverständlich, dass sie sich an die Ausgabendisziplin halten, wenn sehr gute Abschlüsse erkennbar werden. Dies gelingt unseres Erachtens aber vorbildlich. Deshalb allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein herzliches Dankeschön seitens unserer Fraktion - aber nicht nur für die Einhaltung der Ausgabenposten, sondern auch für die sehr gute Arbeit, welche in unserer Stadt generell geleistet wird. Die erwähnte Ausgabendisziplin trotz sehr guten Einnahmensverhältnissen habe ich als 'vorbildlich' bezeichnet und ich hoffe, dass auch unser Rat dieses Verhalten an den Tag legen wird.

Die einzelnen Zahlen erwähne ich hier nicht. Dies machen dann die einzelnen GPK-Sprecher sicher sehr detailliert.

Weil die Aussagen unserer Fraktion nicht mit Anträgen verbunden sind und zum Teil allgemeine Bedeutung haben, stelle ich diese alle gleich hier vor, insbesondere auch um ein 'Gläuf' meinerseits zu verhindern.

In unserer Fraktion haben wir uns über sehr viele Aspekte und Detailpositionen der Rechnung ausgiebig unterhalten. Wir sind der Meinung, dass unser Rat die vielen verschiedenen *kleinen* Zahlen in der Budgetierung diskutieren muss und nicht hier bei der Abnahme der Rechnung.

Deshalb vorerst vor allem Bemerkungen zu den grossen Brocken, zu den Schwerpunkten:

Wir sehen ebenfalls **Probleme in der Darstellung der Rechnung**, die in den nächsten Jahren anzupacken sind. Für uns ist eine der wichtigsten Grundregeln der Rechnungsdarstellung die **Transparenz** - ein altes CVP-Anliegen. Wenn wir vor den Debatten über diese Rechnung in den verschiedenen Fraktionen alle Gemeinderäte gefragt hätten, wie hoch denn der 'Gewinn vor Abschreibungen' der Stadt Frauenfeld 2011 ausfiel, dann hätten sich die Meisten wahrscheinlich erfreut darüber gezeigt, dass der Gewinn dank ausserordentlichen Erträgen mit 6,5 Mio. Franken um 3 Mio. Franken besser als im Voranschlag ausgefallen ist.

Dies ist nicht unkorrekt - aber dazu kann oder muss eben gesagt werden, dass zusätzlich ein noch höherer ausserordentlicher Gewinn aus den Liegenschaften, nämlich 3,9 Mio. Franken im Jahr 2011 direkt ins Eigenkapital geflossen ist. Pro memoria: Im 2010 waren dies sogar 5,6 Mio. Franken aus dem Liegenschaftshandel und 3,2 Mio. Franken zusätzliche Abschreibungen.

Dies kann nach heutigem Recht sicher nicht als falsch bezeichnet werden. Wir möchten es aber dennoch hier und heute betonen, damit der Rat, die Medien und auch die Bevölkerung dies stets so bewusst in Erinnerung behalten. So vor allem, wenn es dann ein Jahr geben wird - sei es 2013 oder 2014 - in dem wir in diesem Ausmass allenfalls ausserordentliche Ausgaben, beispielsweise für die Pensionskasse, haben. Diese besonderen Ausgaben werden dann auch nicht in einer normalen Rechnung Platz haben, genau so wie die in den letzten Jahren angesammelten Liegenschaftsgewinne auch nicht in dieser Rechnung Platz hatten. Genau so, wie wir jetzt nicht nach rückwirkenden Steuersenkungen oder -rückvergütungen rufen, sollten wir dann auch nicht auf ein ausgeglichenes Budget pochen.

Das Nettovermögen der Stadt beträgt immerhin noch mehr als 52 Mio. Franken, in den Leitlinien der GPK wird ein Minimum von 10 Mio. Franken gefordert.

Dass die **Restbuchwerte** in den letzten Jahren allen Unkenrufen zum Trotz immer wieder sinken - teilweise fast zur Inexistenz - zeigt, dass die Steuerfussenkungen gut möglich waren. Teilweise aufgrund des sehr hohen Nettovermögens wäre auch eine strengere Budgetierung möglich. Strenger heisst noch nicht aggressiv. Dies sogar, wenn es allenfalls einmal in einem Jahr zu einem Verlust im Rahmen von einigen Steuerprozenten führen würde. Die von uns im letzten Jahr geforderte und vom Rat angenommene Steuerfussenkung war also richtig und scheint aus momentaner Sicht auch nicht die letzte gewesen zu sein.

Ich betone nochmals, dass wir nichts gegen die Abschreibungen haben - auch nicht gegen die zusätzlichen Abschreibungen aufgrund der erhöhten Gewinne in der Laufenden Rechnung. Wenn aber dann ausserordentlicher Bedarf ausgewiesen ist, dann wäre es schön, wenn sich alle daran erinnern würden:

1. Wie hoch die Restbuchwerte noch wären, wenn wir in den letzten zehn Jahren jeweils nur die budgetierten Abschreibungen vorgenommen hätten und
2. wie viel tiefer das Eigenkapital wäre, wenn die zusätzlichen ausserordentlichen Gewinne ausserhalb der laufenden Rechnung nicht entstanden wären.

Sogar dann würden wir nämlich davon sprechen, dass Frauenfeld in sehr guter finanzieller Verfassung ist.

Ein weiterer Schritt zu mehr **Transparenz** wäre unseres Erachtens, wenn **einheitlich nur Brutto- oder nur Nettoverbuchungen** erfolgen würden - respektive sicher keine Umstellungen zwischen diesen beiden Buchungsvarianten passieren. Bei Einführung neuer Positionen, zum Beispiel dem Konto 6115 36400, wäre dann auch klar, wie es gemacht werden muss. Im Moment scheint uns dies noch willkürlich gemacht zu werden, je nachdem was man damit sagen oder eben weniger deutlich sagen will. Man hat es nicht verschwiegen.

Einige kleinere Punkte möchten wir doch noch erwähnen:

Einmal mehr können wir uns darüber freuen, dass die Ausgaben bei der *Ausbildung* mehr als voll benützt werden. Das zeigt erfreuliche Initiative.

Erstmals deckt die *Hundesteuer* die entsprechenden Ausgaben, was von der Idee her sicher korrekt ist.

Die schnelle Reaktion bei der *Einbürgerungskommission* auf den erkennbaren Ausgabenüberschuss finden wir richtig und wichtig. Faktisch kann dieser ja nur entstehen, wenn wir zu tiefe Gebühren pro Geschäft verlangen oder zu wenige Stunden verrechnen können.

Wir freuen uns auch, wenn die immer wieder herum geschobene wichtige Arbeitsplatzsicherheit und Gesundheitsvorsorge endlich ein Plätzli bekommt.

Der Geschäftsbericht ist attraktiv gestaltet und interessant.

Abschliessend spreche ich dem Finanzchef sowie allen mit der Rechnung und dem Geschäftsbericht betrauten Personen nochmals unseren herzlichen Dank aus.

Unsere Fraktion wird den Anträgen gemäss Botschaft zustimmen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass Eintreten unbesprochen und somit stillschweigend genehmigt ist.

Stadtammann Carlo Parolari: "Ich spreche an sich nicht zum Eintreten. Ich danke für die wohlwollenden Voten. Ich möchte aber dem 'sozialdemokratischen Mahnfinger', den mir Gemeinderat Pascal Frey in die Seite gestossen hat, entgegen treten, weil hier offenbar ein Missverständnis vorherrscht.

Gemeinderat Pascal Frey hat die Ausführungsgrade bei den Investitionen bemängelt und gesagt, diese lägen bei der Stadt lediglich bei 75% und bei den Werkbetrieben noch viel tiefer. Er hat auch sinngemäss gesagt, dass wir Investitionen nicht ausführen. Dies ist nicht korrekt. Es handelt sich beinahe ausschliesslich um Verschiebungen von einem Rechnungsjahr in das andere, insbesondere im Strassenbau, weil beispielsweise ein Projekt nicht fertig gestellt wer-

den kann. In einem solchen Fall fällt einfach der restliche Teil im Folgejahr als Investition an. Es ist in mehreren Fällen auch so, dass wir deutlich tiefer vergeben konnten als budgetiert. Das war insbesondere beim Kanalisationsbau der Fall, weil die genauen Untersuchungen im Nachhinein ergeben haben, dass auf das kostengünstigere 'Reliningverfahren' (Tunnelverfahren) zurückgegriffen werden kann, was dann wesentlich kostengünstiger ausfällt. Dadurch sparen wir massiv Geld. Bei den Werkbetrieben verhielt es sich in den verschiedensten Fällen so. Ursprünglich waren Kosten von über 100'000 Franken budgetiert, die dann in der Investitionsrechnung hätten erscheinen müssen. In der Folge konnte man aber aus den vorerwähnten Gründen unter 100'000 Franken vergeben, sodass diese Kosten in der Laufenden Rechnung verbucht wurden. Die aufgeführten Ausführungsgrade haben nichts oder nur sehr wenig damit zu tun, dass wir Investitionen nicht ausführen. Das kommt praktisch nie vor. Dies einfach noch als Ergänzung und Klarstellung."

Materielle Beratung

0 ALLGEMEINE VERWALTUNG

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Die Laufende Rechnung befindet sich im Register 1, Seiten 1 bis 4, und die Investitionsrechnung im Register 3, Seite 1."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Bruno Diethelm, Referent der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration: "Die GPK Finanzen und Administration hat an der Sitzung vom 23. April 2012 die Konti der Abteilung 0 im Detail beraten.

Die Rechnung 2011 der Abteilung 0, sieht wie folgt aus:

Aufwand:	Fr.	3'302'519.17
Ertrag:	Fr.	674'511.70

Der Aufwand-Überschuss beträgt: Fr. 2'628'007.47

Die Rechnung der Abteilung 0 schliesst aber gegenüber dem Budget 2011 um rund 291'800 Franken besser ab.

Die grösseren Abweichungen gegenüber dem Budget sind wie immer in den Erläuterungen zur Rechnung, ausführlich kommentiert und begründet. Von Seiten der GPK Finanzen und Administration ergaben sich lediglich in den Kontogruppen 0130 und 0920 noch zwei Zusatzfragen. Sie sind durch den Stadtammann und den Finanzchef ebenfalls begründet und beantwortet worden.

Investitionsrechnung

Hier wurde mit dem Budget 2011 für den Ersatz der Telefonzentrale im Rathaus ein Kredit von 300'000 Franken bewilligt. In der Rechnung 2011 steht diese Investition mit rund 228'000 Franken zu Buche. Da die Installationen per Ende 2011 noch nicht ganz abgeschlossen waren, wird der Restbetrag in der Investitionsrechnung 2012 erscheinen."

1 ZENTRALVERWALTUNG UND FINANZEN

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Die Laufende Rechnung befindet sich im Register 1, Seiten 5 bis 22, und die Investitionsrechnung im Register 3, Seite 2."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Peter Wildberger, Referent der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration: "Während der Gesamtaufwand in der Abteilung 1 mit 22,4 Mio. Franken in etwa gleich blieb, hat sich der Ertrag von 49,1 Mio. Franken in der Rechnung 2010 auf 47,8 Franken in der Rechnung 2011 um 2,8% zurückgebildet. Beim grössten Posten, bei den Gemeindesteuern natürliche Personen Rechnungsjahr, gab es gar eine Reduktion des Ertrags von 28,7 auf 26,9 Mio. Franken, also minus 6%. Hier hat die Steuerfussreduktion von 4,5% (= 3 Steuerprozent) mehr als voll durchgeschlagen. Offensichtlich wirkt sich das Bevölkerungswachstum von 1,7% auf nunmehr 23'527 Einwohner auch nicht zuverlässig in gleichem Umfang auf den Steuerertrag aus. Zum Glück wurden die Einbussen bei den natürlichen Personen zum grossen Teil durch Mehrerträge bei den juristischen Personen und den Grundstückgewinnsteuern kompensiert. Bei den Grundstücken gab es einige grosse Einzelverkäufe mit hohem Ertrag. Eine Überhitzung des Immobilienmarktes sieht der Stadtrat noch nicht. Ebenfalls seien bei den Immobilienkäufen keine Anzeichen für Schwarzgeld oder Kapitalflucht aus südeuropäischen Ländern festgestellt worden.

Ein Diskussionspunkt war der Bürgerrechtsdienst, der einen Kostendeckungsgrad von lediglich 61% erreichte (Konto 1131 auf Seite 7). Da die Zahl der Gesuche für das Bürgerrecht von Jahr zu Jahr verschieden ist, erscheint es schwierig, den Anteil der Besoldung des Dienstchefs, der auch noch das Bestattungsamt betreut, gerecht zu ermitteln. Aufgrund der Zahlen wurden nun die Gebühren für die Einbürgerung per 1. Januar 2012 um 30% erhöht. Ein ausländischer Bewerber zahlt nun an die Stadt statt 1200 neu 1550 Franken und im gesamten, inkl. Bund und Kanton, 2'250 Franken für ein Bürgerrechtsgesuch.

2011 erzielte die Stadt mit zwei Grundstückverkäufen (Spitzrüti/Gertwies und Bachstrasse), einen Gewinn von 3,914 Mio. Franken. Diesen Gewinn in unserer Rechnung zu finden war jedoch selbst für einige gestandene Mitglieder der GPK nicht ganz einfach. Ich weiss nicht, ob es die übrigen Mitglieder unseres Milizparlamentes geschafft haben. Entgegen sonst geläufiger Praxis erscheinen diese 3,9 Mio. Franken überhaupt nicht in der Erfolgsrechnung und auch nicht im Ertragsüberschuss. Hier eine Anleitung, wie der Grundstückgewinn gefunden

werden kann: Man gehe zu Griff 5, Bestandesrechnung oder Bilanz, wie der häufiger verwendete Begriff auch heisst. Auf Seite 5 zuunterst heisst es lapidar: *'Neubewertung Finanzvermögen'*. *Zugang 3.914 Mio. Franken*. Erst das Sternchen vorn und der letzte Satz in den Bemerkungen auf Seite 54 bringen die Information: *'Die Zunahme von 3,914 Mio. Franken betrifft die Einbuchung des Buchgewinns aus den Landverkäufen Spitzrüti/Gertwies'*. Mein Kommentar: Hier nur von Buchgewinn zu reden, ist nicht korrekt. Das ist nicht nur ein Buchgewinn, sondern ein Cashgewinn. Darum auch die Forderung eines Teils der GPK, dass solche Gewinne im Sinne der Transparenz in der Erfolgsrechnung erscheinen müssen."

2 ABTEILUNG TIEFBAU

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Die Laufende Rechnung ist im Register 1, Seiten 23 bis 33, und die Investitionsrechnung im Register 3, Seiten 3 bis 9, enthalten."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Marcel Epper, Präsident und Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "In der Abteilung Tiefbau fällt der Nettoaufwand der Rechnung gegenüber dem Voranschlag um rund 491'000 Franken tiefer aus. Im Vergleich zu den Vorjahren liegt diese Budgetabweichung über dem Durchschnitt. Generell kann aber gesagt werden, dass das Rechnungsjahr in der Abteilung Tiefbau keine besonderen Vorkommnisse enthält und letztlich ohne Überraschungen geblieben ist."

Neben den schriftlichen Erläuterungen, welche als bekannt vorausgesetzt werden dürfen, wurden in der GPK die nachfolgenden fünf Positionen vertieft behandelt:

1. Der Bereich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz war zuerst in der Abteilung Hochbau angesiedelt und wurde auf das Jahr 2011 hin der Abteilung Tiefbau zugewiesen. Aufgrund einer Grundsatzdiskussion im Stadtrat könnte es jedoch durchaus möglich sein, dass diese Stelle erneut einer anderen Abteilung zugewiesen wird. In welche Abteilung dieser Bereich auch immer wandern wird, entscheidend ist letztlich, dass die wichtigen Anliegen der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes inhaltlich konsequent umgesetzt und gelebt werden.
2. Im Bereich Unterhalt Strassen, Plätze, Trottoirs, Konto 2221, wurden für dringende Arbeiten zirka 100'000 Franken mehr als budgetiert aufgewendet. Zirka 45'000 Franken entfielen auf den oberen Bereich der Neuhauserstrasse, zirka 32'000 Franken auf die Leitplanken Gerlikon und zirka 23'000 Franken auf Anpassungen im Mätteli, welche im Zuge des Neubaus des Staatsarchivs notwendig wurden. Alle diese Nachtragskredite wurden kompetenzgemäss mittels entsprechender Stadtratsbeschlüsse gesprochen.

3. Der milde Winter hat dazu geführt, dass die Kosten für den Winterdienst deutlich unter dem Voranschlag geblieben sind. Da der jeweilige Witterungsverlauf eines Winters naturgemäss nicht vorhersehbar ist, sind hier Budgetabweichungen praktisch vorprogrammiert.
4. Hinzuweisen ist sodann darauf, dass im Konto 2215, Werkhof-Gebäude, die Konti Besoldungen und interne Verrechnungen neu als Brutto- und nicht mehr als Netto-Positionen ausgewiesen werden, womit nicht zuletzt mehr Transparenz der Rechnungslegung hergestellt wird, was seitens der GPK auch begrüsst wird.
5. Eine letzte Bemerkung betrifft das Konto 2250, städtische Abwasseranlagen. Voranzustellen ist einmal, dass hier nur die Lohnkosten für das Personal der stadteigenen Abwasseranlagen, die unterhaltsmässig vom Werkhofpersonal betreut werden, abgerechnet werden. Die Lohnkosten des Personals der ARA sind dagegen in der Rechnung des Abwasserverbands erfasst. Rechnungsmässig ist sodann entscheidend, wie viele Stunden aufgrund der Arbeitsrapporte in diesem Bereich tatsächlich geleistet wurden. Im Übrigen war hier ein personeller Wechsel zu verzeichnen. Fredi Portmann wurde als langjähriger und verdienter Mitarbeiter der Gruppe Kanal pensioniert. Sein Aufgabenbereich wurde von Reto Baumgartner übernommen.

Darüber hinaus habe ich keine weiteren Anmerkungen zur Laufenden Rechnung der Abteilung Tiefbau.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung der Abteilung Tiefbau schliesst mit deutlich tieferen Nettoinvestitionen gegenüber dem Budget von zirka 2,1 Mio. Franken ab. Der Grund liegt im Bereich Strassenbau hauptsächlich darin, dass immer wieder terminliche Verschiebungen in der Bauausführung entstehen, welche nur schwierig vorausszusehen und zu planen sind, weil sie durch Dritte beeinflusst werden. In der Regel handelt es sich hierbei aber lediglich um eine Verschiebung in der Bauausführung auf ein Folgejahr und nicht darum, dass ein Strassenbauprojekt ganz aufgegeben wird.

Darüber hinaus habe ich zur Investitionsrechnung der Abteilung Tiefbau keine weiteren Bemerkungen."

3 ABTEILUNG HOCHBAU

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "In dieser Abteilung ist die Laufende Rechnung im Register 1, Seiten 34 bis 37, und die Investitionsrechnung im Register 3, Seite 10, ersichtlich."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Robert Zahnd, Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "In dieser Abteilung sind ein geringerer Aufwand und ein geringerer Ertrag angefallen als budgetiert. Der Nettoaufwand fällt insgesamt 62'000 Franken tiefer aus als veranschlagt.

3110 - Hochbauamt

30100 - Besoldungen (Budget Fr. 598'000.--; Rechnung Fr. 681'000.--)

Hier wurde falsch budgetiert. Für einen Mitarbeiter, der 2011 pensioniert wurde, wurden statt 80% nur 50% der Lohn- und Sozialleistungskosten veranschlagt. Weiter wurde der Ersatz dieses Mitarbeiters (50%) nicht budgetiert. Wegen Krankheit fielen noch Kosten für einen temporären Ersatz an. Die Krankheitsversicherung hat einen Anteil dieser Lohnkosten zurückerstattet.

3115 - Energieberatung

Daniel Moos ist zu 50% als Energieberater und für das Förderprogramm sowie die Betreuung der Projekte Energiestadt beim Hochbauamt tätig. Die weiteren 50% amtiert er als Projektleiter der Werkbetriebe, beispielsweise im Bereich Kleinwasserkraftwerke und Photovoltaikanlagen, Fernwärmeprojekt Regierungsviertel etc. Daniel Moos verfügt sowohl beim Hochbauamt als auch bei den Werkbetrieben je über einen Arbeitsplatz. Diese Aufsplittung der Stelle hat sich bewährt, es läuft rund.

3120 - Projekte

31805 - Energierichtplan, Umsetzung und Begleitung (Budget Fr. 50'000.--; Rechnung Fr. 2'148.20)

Daniel Moos ist erst seit August 2011 angestellt. Somit wurden für 2011 noch wenige Massnahmen geplant und demzufolge auch umgesetzt. Aufgrund der Kreditübertragung von 20'000 Franken aus dem Jahre 2010 ist der Aufwand sogar negativ."

Investitionsrechnung

Zur Investitionsrechnung hat der GPK-Sprecher keine Bemerkung anzubringen.

5 ABTEILUNG ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Hier finden Sie die Laufende Rechnung im Register 1, Seiten 38 bis 44, und die Investitionsrechnung im Register 3, Seite 11.

Laufende Rechnung

Gemeinderat Roland Wyss, Referent der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft und Sicherheit: "Zur Abteilung 5 gibt es aus der GPK nur wenige Bemerkungen und Ergänzungen. Alles andere ist in den Erläuterungen beschrieben und muss an dieser Stelle nicht wiederholt werden.

5005 - Abteilungsbezogene Aufwendungen und Erträge

Die Zuschauerzahl bei den Sicherheitstagen hätte noch etwas höher sein können. Trotzdem waren diese ein Erfolg. Die Defizitgarantie musste nicht beansprucht werden.

5115 - Quartieramt

Erfreulicherweise hat sich der Bund, obwohl er die ALST nicht mehr benutzt, nochmals an den Kosten beteiligt

5140 - Feuerwehr

Die Einlage in die Spezialfinanzierung fiel mit rund 140'000 Franken wesentlich höher aus als die budgetierten 13'200 Franken.

Investitionsrechnung

Wie in den Erläuterungen beschrieben, wurde bei einem Grossbrand die Autodrehleiter beschädigt und musste ersetzt werden.

Sonst gibt es keine Ergänzungen."

Der **Ratspräsident** schaltet an dieser Stelle eine viertelstündige Erfrischungspause ein.

Zu Beginn des zweiten Sitzungsteils gibt der **Ratspräsident** bekannt, dass noch eine zweite Interpellation, eingereicht durch Gemeinderat Peter Wildberger, eingegangen ist, welche die "Fussgängerzone und Koordination der Parkieranlagen für die publikumsintensiven Einrichtungen im Gewerbegebiet Langdorf, Frauenfeld-Ost" zum Inhalt hat.

Im Weiteren verweist er darauf, dass der Stadtrat am Schluss der Sitzung eine Stellungnahme zum Vorwurf der Amtsgeheimnisverletzung in den Sozialdiensten (Bericht Thurgauer Nachrichten vom 12. Juni 2012) abgeben wird.

6 ABTEILUNG GESUNDHEIT

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Die Laufende Rechnung ist im Register 1, Seiten 45 bis 47, und die Investitionsrechnung im Register 3, Seite 12, aufgeführt.

An dieser Stelle wird des Weiteren die separat ausgewiesene Rechnung des Alterszentrums Park diskutiert. Diese finden Sie im Register 11, aufgeteilt in vier einzelne Rechnungen, und zwar vom Haus Talbach/Ergaten, dem Betreuten Wohnen, dem Tageszentrum Talbach bis zur Parksiedlung Talacker hin. Ebenfalls stehen die Bilanzen per 31. Dezember 2011 und die dazu gehörenden Erläuterungen zur Verfügung.

Laufende Rechnung

Gemeinderat Michael Hefti, Referent der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft und Sicherheit: "Der Saldo ist gegenüber dem Budget rund 250'000 Franken tiefer ausgefallen. Ursache dieser Differenz sind: Der Zusammenschluss der beiden alten Kontrollstellen zur neuen Dienststelle für Krankenkasse und AHV (DKA), was sich in höheren Mieten und Anschaffungen beim Mobiliar zeigt und ein grösserer Aufwand bei den Besoldungen unter Konto 30100. Es wurden im 2011 an zirka 7'300 Personen etwa 8 Mio. Franken ausbezahlt. Lediglich zirka 7% der Gelder wurden vorsorglich zurückbehalten, um auf Missbrauch reagieren zu können.

Neu erhalten auch privatwirtschaftliche Spitexorganisationen - oft Einfrau-Betriebe - Leistungen rückvergütet. Für das Jahr 2011 wird mit zirka 60'000 Franken gerechnet. Einige Rechnungen im Umfang von rund 15'000 Franken waren bei Rechnungsabschluss noch ausstehend."

ALTERSZENTRUM PARK

Gemeinderat Michael Hefti, Referent der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft und Sicherheit: "2011 war für das Personal des AZP ein intensives Jahr: Mit dem Bezug der Park-

siedlung und den Anpassungen bei der Verrechnung der Kosten im Gesundheitswesen war der Aufwand in der Verwaltung sehr gross. An dieser Stelle sei der grosse Einsatz der vielen beteiligten Personen verdankt.

Haus Ergaten Talbach und Betreutes Wohnen

Budgetiert war ein kleiner Gewinn von 21'000 Franken, welcher sich zu einem erfreulichen Ertragsüberschuss von 427'000 Franken steigerte, der in die Spezialfinanzierung 'Renovation und Defizitdeckung' eingelegt wurde.

Der Gewinn wurde durch Vakanzen beim Personal und Minderkosten für die Pensionskasse erzielt. Ebenso ist zu erwähnen, dass sich die Einnahmen des Restaurants sehr positiv entwickeln. Vor allem durch die Eröffnung der Parksiedlung Talacker konnten Umsatz und Gewinn gesteigert werden.

Eine Richtigstellung ist unter Konto 450 anzubringen. Die erhöhten Kosten für Energie und Wasser sind nicht wie erwähnt auf höhere Stromkosten, sondern auf einen Mehrverbrauch zurückzuführen. Zum Beispiel sind immer mehr PCs in Betrieb.

Tageszentrum Talbach

Das Tageszentrum Talbach entwickelt sich positiv. Durch eine höhere Bekanntheit konnte die Belegung von 29,3% auf über 60% mehr als verdoppelt werden. Dank einer Spende des Fördervereins konnte die Rechnung gar mit einem kleinen Gewinn abschliessen, welcher vollumfänglich der Spezialfinanzierung 'neue Wohnformen' zugeführt wird und so dessen Defizit leicht verringert. Hier sei angemerkt, dass die umliegenden Gemeinden einen grossen Teil der Beiträge tätigen: zirka 70%; die Stadt Frauenfeld zirka 30%.

Parksiedlung Talacker

Das Rechnungsjahr der Parksiedlung war ein intensives Jahr, da es gleichzeitig das 'letzte Baujahr' war und bis im Herbst alle drei Häuser fast vollständig belegt waren. Der Bezug der Wohnungen bedeutete einen grossen Aufwand in der Verwaltung, aber auch im Hausdienst (Konti 330 und 340), was sich auch in der Rechnung niederschlägt. Im Weiteren ist zu erwähnen, dass es versäumt wurde, die Zinsen auf das Kontokorrent bei der Stadt zu belasten und diese erst im 2012 verrechnet werden, wie auch im Revisorenbericht erwähnt. Besten Dank."

7 ABTEILUNG SOZIALES

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Die Laufende Rechnung ist im Register 1, Seiten 48 bis 53, enthalten. Eine Investitionsrechnung liegt in dieser Abteilung keine vor."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Markus Frei, Referent der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft und Sicherheit: "Ich spreche im Namen der GPK Gesellschaft und Sicherheit zur Abteilung 7, Soziales, und zäume heute mal das Pferd von hinten auf, will heissen: Ich beginne, womit üblicherweise diese Predigt zur heutigen Causa aufhört - nämlich mit der Abstimmung in der GPK. Die GPK stimmt der Laufenden Rechnung 2011 der Abteilung Soziales einstimmig zu und empfiehlt somit die Anträge zu genehmigen.

In unserer GPK gab es zunächst eine angeregte Diskussion darüber, ob es sinnvoll wäre, statt nur einer Sitzung über mehrere Stunden, zwei Zusammenkünfte zur Behandlung von Vorschlag und Rechnung durchzuführen. Und dies, obwohl alle Kommissionsmitglieder an Zeitmangel leiden. Vorsorglich vereinbarten wir einmal einen Termin im Herbst für eine Informationssitzung.

Auch dieses Jahr waren die Unterlagen der Abteilung 7 von den verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern klar, vollständig und ausführlich aufbereitet worden. Dasselbe gilt für die ergänzenden Erläuterungen. Herzlichen Dank für diese Vorarbeiten!

Einmal mehr konnte wieder ein überaus guter Rechnungsabschluss präsentiert werden. Die Rechnung 2011 der Abteilung Soziales schliesst bei einem Aufwand von Fr.18'337'127.62 und einem Ertrag von Fr. 11'894'704.90 mit einem Saldo von Fr. 6'442'422.72 ab. Dieser Saldo liegt um rund 1,3 Mio. Franken über dem Budget. Die vorliegende Rechnung zeugt vom grossen Aufwand und der soliden Arbeit in der Abteilung 7. Die abweichenden Positionen sind in den Erläuterungen lückenlos aufgeführt und detailliert erklärt. Deshalb erlaube ich mir heute einige Bemerkungen zu den Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich die Sozialen Dienste bewegen und arbeiten.

Wie wir im Register 12 über die Kostenentwicklung Sozialdienste Fürsorge in den letzten zehn Jahren sehen, gibt es grosse Schwankungen bei den Nettoausgaben. Die vorliegende Rechnung schliesst um 263'000 Franken besser als im Vorjahr und ist 'nur' um 200'000 Franken höher als im Jahr 2003. Auch die Rechnungsprüfungskommission der Stadt attestiert der Amtsleitung eine gute Organisation und ein sehr gut funktionierendes Internes Kontrollsystem (IKS).

Ich erlaube mir nun einige Bemerkungen stichwortartig zu Zahlen und Fakten anzuführen, die einerseits zur Kostenstabilisierung beigetragen haben, und andererseits solche, die zu Kostensteigerungen führten.

Folgende Fakten führten zur Kostenstabilisierung:

- Im Jahr 2011 konnten sehr viele Personen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden, mit entsprechender Ablösung von der Sozialhilfe.
- Die neue Pflegefinanzierung bringt der Sozialhilfe Entlastung.
- Eine einzelne Rückerstattung in einem Todesfall brachte 150'000 Franken ein. Solche Todesfälle sind sehr schwierig zu planen.

- Natürlich ist auch immer etwas Glück dabei, wenn hohe Rentennachzahlungen eingehen.
- Die Gesamtzahl an Personen, die 2011 Sozialhilfe beansprucht haben, ist von 570 auf 538 gesunken. Und die gute Wirtschaftslage - vor allem im Baugewerbe - hat im Temporärbereich viele Arbeitsplätze generiert.
- Es gab hohe Auszahlungen von Prämienverbilligungen.
- Die Alimentenbevorschussungen hielten sich auf einem relativ tiefen Niveau. Um Alimentenbevorschussung zu erhalten, müssen die Klienten umfangreiche Unterlagen (nach Checkliste) vorlegen können.
- Die erarbeiteten Löhne von unterstützten Klientinnen und Klienten betragen 1,35 Mio. Franken.
- In vielen Fällen wurde Sozialberatung nicht nur angeboten, sondern auch geleistet. Dadurch konnten Sozialhilfeauszahlungen vermieden werden.

Folgende Fakten führen zur Kostensteigerung:

- Vermehrte und sehr teure Fremdplatzierungen. Als Mitglied der Vormundschaftsbehörde weiss ich, dass dieser Posten 2012 hoch in der Rechnung ausfallen wird, mindestens höher als 2011.
- 37% der Dossiers werden mehr als zwei Jahre geführt. Ein Drittel aller Dossiers sind nicht abzulösen, das sind sogenannte 'Sozialrentner' - darunter auch ganze Familien. Man wird manchmal den Eindruck nicht los, dass diese Familien die Ablösung vom Sozialamt einfach nicht schaffen. Nicht weil es lustig wäre, mit hohler Hand vom Sozialamt zu leben, sondern weil das Leben für sie nie aufgeht. Schon Mühe in der Schule, später am Arbeitsplatz und auch Beziehungen gehen immer wieder in Brüche und neue Kinder entstehen trotzdem.
- Klientinnen und Klienten können nicht mehr in die Arbeitslosenversicherung zurückgeführt werden, weil die Beschäftigungsprogramme nicht mehr als Arbeit angerechnet werden. Diese Menschen bleiben dann bei der Sozialhilfe.
- Die IV hat letztes Jahr 1'118 Rentengesuche abgelehnt - zwei Jahre davor (2009) waren es erst 500. Durch diese Verschärfung der Anspruchsberechtigung bleiben viele weiterhin Sozialhilfebeziehende. Die Kosteneinsparungen der vorgelagerten Sozialwerke bezahlen vorab die Städte - so eben auch Frauenfeld.

Nun zu den einzelnen Konten im Besonderen:

7110 - Fürsorge

43604 - Rückvergütungen

Wenn das Eintreiben von Geldern nur mit Prozessieren möglich ist, kann dies dauern. So auch hier. Im vorliegenden Fall hat man kaum mehr erhofft, dass diese Rückerstattung von über 120'000 Franken noch einfließt.

7120 - Amtsvormundschaft

45200 - Beiträge von Nachbargemeinden

Oftmals sind kleinere Gemeinden wegen fehlendem Fachpersonal bei Beistandsfällen überfordert und sind darum froh, wenn sie auf professionelle Unterstützung von fachkundigem Personal, wie etwa der Amtsvormundschaft der Stadt Frauenfeld, zurückgreifen können.

Auf Anfang nächsten Jahres ist ja die Neuorganisation der Amtsvormundschaft wegen des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts im Gang. Die Vormundschaftsbehörde fällt ab 2013 bei der Stadt Frauenfeld weg und wird kantonalisiert. Die Amtsvormundschaften verbleiben jedoch und übernehmen auch mehr Aufgaben.

73 - Arbeitsamt/Arbeitsmarktliche Massnahmen

36501 - Beschäftigungsprogramme

Der viel kleinere Aufwand täuscht: Ab 2011 werden die Aufwendungen für die Beschäftigungsprogramme auf die einzelnen Klientenkonti verbucht.

Ich wollte noch wissen, wie man sich auf dem Arbeitsamt folgende Situation erklärt: Im letzten Jahr waren mehr Ausgesteuerte zu verzeichnen, währenddem beim Sozialamt noch relativ wenig Fälle anfielen. Antwort: Der Gang aufs Sozialamt verzögert sich. Die betreffenden Personen brauchen zuerst ihr Erspartes auf. Man kann keine Sozialhilfe beantragen, solange man noch über Vermögen verfügt. Aber jetzt kommt's: Im ersten Quartalsabschluss 2012 sind schon 1 Mio. Franken an Mehraufwand angefallen als vor einem Jahr. Dies wird sich in der nächstjährigen Rechnung niederschlagen.

7410 - Fachstelle für Integration

30300/30400 - Pensionskasse

Mit der Umstellung des Pensionskassenreglements sind zahlreiche Teilzeitmitarbeitende neu in die Kasse aufgenommen worden. Die entsprechenden Beiträge waren nicht budgetiert.

46100 - Beiträge Integrationsprojekte

Die Deutsch- und Integrationskurse erfreuen sich einer regen Nachfrage. Die gestiegene Anzahl realisierter Kurse führte zu höheren Beitragszahlungen von über 37'000 Franken.

Abschliessend will ich auch im Namen der GPK Gesellschaft und Sicherheit allen danken, die den vorliegende Rechnungsabschluss 2011 ermöglicht und zu Papier gebracht haben und für die Abteilung Soziales den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fürsorge, Amtsvormundschaft, Arbeitsamt und Fachstelle für Integration.

Wie üblich erscheint von der Abteilung Soziales nichts in der Investitionsrechnung.

Den Saldo im Betrag von knapp 6,5 Mio. Franken darf man indes als Investition in Menschen in unserer Stadt betrachten - auf dass es uns allen gut gehe.

Auch Ihnen allen hier im Saal für Euer Aufmerksamkeit und Euer Dasein: Danke."

8 ABTEILUNG JUGEND, SPORT UND FREIZEIT

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Die Laufende Rechnung finden Sie im Register 1, Seiten 54 bis 60, und die Investitionsrechnung im Register 3, Seiten 13 bis 14."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Christoph Keller, Präsident und Referent der Geschäftsprüfungskommission Gesellschaft und Sicherheit: "Ich trage Ihnen hier den GPK-Bericht von GPK-Mitglied Michael Krucker vor, der an der Teilnahme an der heutigen Sitzung bekanntlich verhindert ist.

Der folgende Bericht wird verhältnismässig kurz. Ich habe mir überlegt wieso: Ist dies aus Respekt vor dem fussballverrückten und unentwegt auf die Uhr schauenden Gemeinderatspräsidenten, ist es aus einer ureigenen Angst, den EM-Fussballknüller Holland - Deutschland zu verpassen oder ist es schlicht die Unbestrittenheit der Rechnungszahlen der Abteilung 8. Nach langen Abwägungen bin ich zum Schluss gekommen, dass alle Punkte eine gewisse Richtigkeit haben. Das eindeutige Schwergewicht liegt aber in den sehr klaren und unumstrittenen Zahlen der Abteilung Jugend, Sport und Freizeit.

'Frauenfeld bewegt', dies wurde bei 'schweiz.bewegt' auch in diesem Jahr von den Quartiervereinen der Stadt bewiesen. In Frauenfeld engagiert man sich für eine zeitgemässe Jugendarbeit und versucht, die Jugendlichen mit den Bedürfnissen abzuholen und in die Arbeit miteinzubeziehen. Die Vereine in Frauenfeld sind aktiv, prägen unsere Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen mit Werten wie Fairplay und sozialer Integration. Im Bereich der Sportanlagen sind wir in der komfortablen Lage, dass wir eine riesige Vielfalt von Sportmöglichkeiten für die Bevölkerung anbieten. Das Angebot ist sogar über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und

zieht immer wieder auch Personen aus dem Umkreis an. Sport als Marketing ist sicher ein grosser Pluspunkt für unsere Stadt. Die Sport- und Freizeitanlagen tragen zu diesem sehr guten Ruf der Stadt sicher einiges bei. In Frauenfeld findet Jede und Jeder etwas für sein Freizeitverhalten. Aktive Vereine und Bewegungsmöglichkeiten vom Vita Parcours, über die Anlagen auf der Grossen und Kleinen Allmend und der Badi bis hin zu den sehr schönen Spielplätzen in der Stadt. Die Stadt Frauenfeld bewegt.

Das Budget und die Rechnung für die Abteilung Jugend, Sport und Freizeit sind ausgeglichen ausgefallen. Die Zahlen und Erläuterungen in den Unterlagen sind so klar und eindeutig, dass ich darauf verzichten kann, sie zu wiederholen. Die GPK erhielt an ihrer Sitzung vom 3. Mai 2012 auf alle Fragen von Stadtrat Ruedi Huber eine kompetente Antwort. Zu beachten ist sicherlich, dass einige Sportanlagen in die Jahre gekommen sind und die Instandhaltungskosten immer höher ausfallen werden. Hier gilt es Weitsicht zu entwickeln und abzuwägen, wann mit einer grossen Investition mit neuen Anlagen zu rechnen ist. Im Bereich der Technik von einzelnen Anlagen muss dies sicherlich in der nächsten Zeit in Angriff genommen werden.

Die GPK Gesellschaft und Sicherheit hat die Rechnung 2011 für die Abteilung 8 einstimmig angenommen und empfiehlt dem Gemeinderat die Annahme. Im Namen der GPK und von uns allen danke ich den für die Zahlen Verantwortlichen, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, welche jahrein-jahraus zuverlässig ihre Dienste verrichten und wesentlich zum sportfreundlichen Ruf der Stadt Frauenfeld beitragen. Es ist nicht nur ein Wunsch, sondern eine Aufgabe: Frauenfeld möge sich weiterhin bewegen."

Der **Ratspräsident** fügt an, dass er wohl "fussballverrückt" sei, aber keine Uhr trage.

Gemeinderat Peter Wildberger: "Ich habe noch eine Frage zu Konto 8130.31200, Hallen- und Freibad; Wasser, Energie, Heizung (Register 1, Seite 58).

Im Geschäftsbericht Seite 145 heisst es - ich zitiere: '*Das mit Erdgas betriebene Blockheizkraftwerk wurde wieder instand gestellt und in Betrieb genommen, wobei auch eine Luft-Wasser-Wärmepumpe ins Heizungssystem geprüft wurde*'.

Meine Fragen:

1. Wie lange war das Blockheizkraftwerk ausser Betrieb und warum?
2. Die weitaus beste und günstigste Erwärmung von Wasser für Dusch- und Badezwecke ist die solarthermische Aufbereitung, kombiniert mit einem genügend grossen Speicher. Eine solche Anlage ist in kurzer Zeit amortisiert und kaum störanfällig, wie Blockheizkraftwerke oder Wärmepumpen. Könnte sich der Stadtrat bereit erklären, angesichts der steigenden Energiepreise, zum Beispiel bei der Firma Jenni in Oberburg bei Burgdorf, eine Offerte für den Einbezug einer solarthermischen Anlage mit Speicher einzuholen?"

Stadtrat Ruedi Huber: "Es kommt immer etwas anders, als man gedacht hat. Ich habe mich eigentlich schon auf das 'Feierabendbier' gefreut und bin nun geweckt worden. Wichtig für uns Stadträte ist, dass wir beweglich bleiben.

Zur berechtigten Frage betreffend dem Energieverbrauch im Hallenbad: Wir haben eine sehr grosse Summe an Franken, die wir einsetzen müssen, um diese Energie zu schaffen. Übrigens zirka ein Drittel der Energie verwenden wir im Winter für unser Sprudelbad, welches durch Badegäste aus dem halben Kanton in Anspruch genommen wird. Wenn wir an den letzten Winter denken, als es extrem kalt war, stellt das Hallenbad eine sehr energieaufwendige Anlage dar. Es kommen dann immer wieder Fragen wie Wellness kontra CO₂-Reduktion usw. auf.

Betreffend dem Blockheizkraftwerk kann ich nicht ganz fundiert Antwort geben. Da müsste ich noch einmal nachhaken, wie viele Jahre dieses ausser Betrieb war. Aber es war technisch sehr anforderungsreich und auch störanfällig. Mir war es aber ein Anliegen, dass dieses wieder auf Vordermann gebracht wurde, um die Energieeffizienz wieder etwas zu erhöhen. Wir versuchen das an allen Orten und Ecken im Hallenbad.

Betreffend der Warmwasseraufbereitung auf dem Hallenbaddach haben wir auch schon Überlegungen angestellt. Das Problem dort ist, dass momentan aufgrund der statischen Verhältnisse eine solche Einrichtung noch nicht möglich ist. Die Statik wird laufend im Rahmen von periodischen Kontrollmessungen überprüft. Bei einem allfälligen Neubau des Hallenbaddaches wäre eine Realisierung eines solchen Projekts aber sicherlich prüfenswert.

Im Weiteren verhält es sich so, dass wir am meisten Energie benötigen, wenn die Sonne am wenigsten scheint, das heisst vor allem in den harten Wintermonaten. Wir sind momentan im Stadtrat am Prüfen, ob wir schlussendlich das Hallenbad mit der Anergie aus der Kläranlage beheizen wollen. Diese Abklärungen laufen. Im Moment sind solche Energieaufbereitungen noch deutlich teurer als mit dem günstigen Erdgas, über das wir in Frauenfeld verfügen. Die Realisierung eines solchen Projektes wäre somit eher ein weiterer Kompromiss in der Energiefrage, im Rahmen derer wir einen Entscheid fällen müssen."

WERKBETRIEBE

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Nun kommen wir zur separaten Rechnung der Werkbetriebe. Im Register 10 finden Sie dazu die Zahlen zur Laufenden Rechnung im Untergriff 1, zur Investitionsrechnung, zu den Anlagewerten, Abschreibungen und Restbuchwerten im Untergriff 2, sowie der Bilanz per 31. Dezember 2011 im Untergriff 3. Die zugehörigen Erläuterungen befinden sich im Untergriff 4."

Laufende Rechnung

Gemeinderat Mathias Frei, Referent der Geschäftsprüfungskommission Bau, Werke, Umwelt: "Im Namen der GPK Bau, Werke, Umwelt möchte ich in der gebotenen Kürze zum Rechnungsabschluss 2011 der Werkbetriebe Frauenfeld resümieren. In der stadträtlichen Botschaft an den Gemeinderat hat die GPK Bau, Werke, Umwelt die Anträge 2.3.1 bis 2.3.3 diskutiert und diesen - ich nehme es vorweg - einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wenn Sie in Zusammenhang mit dem Rechnungsabschluss der Werkbetriebe heute zum ersten Mal das Wort 'Einmaleffekt' hören würden, müsste ich Sie, wenn es in meiner Kompetenz läge, ein wenig tadeln.

Die Werkbetriebe haben einmal mehr ein nicht nur wirtschaftlich erfolgreiches Jahr hinter sich. Was aber an der Rechnung 2011 heraussticht und - wie man so schön sagt - einschenkt, ist eben dieser Einmaleffekt, also die 30 Tage mehr, die bei der Aufnahme des Verbrauchs genau einmal ins Gewicht fallen.

Jedenfalls: Die GPK wurde an ihrer Sitzung von Stadttammann Carlo Parolari, dem Direktor der Werkbetriebe Ernst Haas und seinem kaufmännischen Leiter Michael Gemperle kompetent informiert. Zudem wurde die Rechnung vorgängig schon von der zuständigen Fachkommission durchberaten.

Meine Damen und Herren, der Gesamtumsatz der Werkbetrieb betrug im vergangenen Jahr stattliche 63,4 Mio. Franken, was eine Steigerung von 15% gegenüber dem Budget bedeutet. Im Voranschlag war mit einem Brutto-Ertragsüberschuss von 2,4 Mio. Franken gerechnet worden. Nicht nur aufgrund des Einmaleffekts konnte dieser in der Rechnung aber mit 9,3 Mio. Franken ausgewiesen werden. So ergibt sich nach den ordentlichen und zusätzlich budgetierten Abschreibungen ein elektrisierender Netto-Ertragsüberschuss in Höhe von 7 Mio. Franken. Mit 3,5 Mio. Franken trägt der sagenumwobene Einmaleffekt nicht unwesentlich dazu bei. Von diesem erfolgreichen Abschluss soll auch der Verbraucher profitieren können. Insgesamt 2,7 Mio. Franken werden, abhängig vom Verbrauch, uns allen rückvergütet. In diesem Zusammenhang kam in der GPK die Frage nach einer Tarifsenkung auf. Ernst Haas machte beliebt, die bisherige Praxis der Werkbetriebe beizubehalten. Denn der Verbraucher profitiere nicht nur von Rückvergütungen, sondern indirekt auch von Vorfinanzierungen für Projekte. Haas argumentierte, dass die Sicherstellung der Versorgungssicherheit einen grossen Stellenwert für die Werkbetriebe habe. Gleichwohl würden keine sogenannten Luxusprojekte realisiert, sondern vorausschauend investiert.

Noch ein Wort zu den Restbuchwerten der Werke: Diese liegen mittlerweile bei 5,3 Mio. Franken. Im vergangenen Jahr konnten 1,7 Mio. Franken abgeschrieben werden. Mit achtmal einem Franken ist das Gaswerk komplett abgeschrieben. Dies ist insgesamt eine gute Ausgangslage für das laufende Betriebsjahr, da heuer mit Gesamtinvestitionen von 7 Mio. Franken gerechnet wird.

Neben den nackten Zahlen von Michael Gemperle wartete Ernst Haas einmal mehr mit spannenden 'Facts and Figures' aus den Werkbetrieben auf. Haas stellte verschiedene Projekte vor, unter anderem zwei Wasserkraftwerke, bei denen die Werkbetriebe die Betriebsführung übernehmen sollen. So ist etwa im Bereich der Wasserversorgung erfreulich, dass die Lei-

tungsverluste dank eines Leck-Ortungssystems gesenkt werden konnten. Der Wasserpreis ist seit 20 Jahren konstant. Und das werde gemäss Haas auch so bleiben. Beim Strom fällt auf, dass 2011 leicht weniger eingekauft, aber minim mehr verkauft wurde. Haas führte das auf eine neue Mittelspannungsleitung zurück. Beim Strom sei aber 2013 aufgrund einer Ankündigung der EKT Energie AG mit einer Tarifierhöhung um 0,5 Rappen pro Kilowattstunde zu rechnen. Die EKT argumentiert mit Kostensteigerungen in der Produktion. Auch bei der Gaspreisentwicklung sah Haas tendenziell einen leichten Anstieg voraus, der aber möglicherweise noch 'geglättet' werden könne. Wie Haas aufzeigte, ist grad der Gas-Spotmarkt extrem witterungsabhängig und weist so extreme Preisdifferenzen auf. Dank vorausschauender Planung unterliegen die Werkbetriebe diesen Preisspekulationen aber nicht.

An dieser Stelle möchte ich namens der GPK Ernst Haas und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die übersichtliche Buchführung sowie das Aufbereiten der Unterlagen herzlich danken.

Wie schon eingangs erwähnt: Die GPK Bau, Werke, Umwelt hat den stadträtlichen Anträgen zur Rechnung der Werke einstimmig entsprochen."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass somit alle Abteilungen behandelt wurden. Rückkommen auf die Laufenden Rechnungen oder die Investitionsrechnungen der Stadt, des AZP und der Werkbetriebe wird seitens des Rats nicht gewünscht, sodass die Beratungen in Bezug auf die übrigen Register im Rechnungsordner ihre Fortsetzung findet.

BESTANDESRECHNUNG DER STADT (Register 5)

Keine Bemerkungen.

JAHRESRECHNUNG DER PENSIONSKASSE FÜR DAS PERSONAL DER STADT FRAUENFELD (Register 6)

Keine Bemerkungen.

LANDKREDITKONTO (Register 7)

Keine Bemerkungen.

JÄHRLICH WIEDERKEHRENDE BEITRÄGE FÜR KÜNFTIGE ERWEITERUNGSBAUTEN DER ABWASSERREINIGUNGSANLAGE DES ABWASSERVERBANDES DER REGION FRAUENFELD (Register 8)

Keine Bemerkungen.

FINANZKENNZAHLEN (Register 9)

Keine Bemerkungen.

KOSTENENTWICKLUNG SOZIALDIENSTE (Register 11)

Keine Bemerkungen.

STAND DER LANGFRISTIGEN DARLEHEN UND ZINSAUFWENDUNGEN (Register 12)

Keine Bemerkungen.

GESCHÄFTSBERICHT

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Wie üblich liegt beim Ratssekretär ein von Alt-Gemeinderat Martin von Siebenthal redaktionell akribisch überarbeitetes Exemplar zur Einsichtnahme für die Ratsmitglieder auf. Wir danken Alt-Gemeinderat Martin von Siebenthal an dieser Stelle einmal mehr für diese wertvolle Arbeit sehr herzlich. Ein Dank gebührt ebenfalls dem städtischen Informationschef Andi Anderegg für den Effort, den er für das Zusammenstellen dieses Berichtes aufgebracht hat. Der Jahresbericht wird auch dieses Jahr den Haushaltungen nicht mehr automatisch zugestellt werden. Interessierte können den Jahresbericht kostenlos am Infoschalter der Stadt Frauenfeld beziehen oder sich diesen auf Wunsch ebenfalls kostenlos zustellen lassen. Ausserdem wird er nach der heutigen Rechnungssitzung auf der Homepage der Stadt zum Download aufgeschaltet."

Nachdem das Wort seitens des Rates zum Geschäftsbericht nicht verlangt wird, stellt der **Ratspräsident** fest, dass somit die Rechnung 2011 samt Geschäftsbericht speditiv durchberaten worden ist.

Rückkommen seitens des Rates wird nicht mehr gewünscht, sodass der **Ratspräsident** Stadttammann Carlo Parolari das Wort erteilt.

Stadttammann Carlo Parolari: "Bevor Sie über die Rechnung abstimmen, darf ich mich bei Ihnen namens des Stadtrates ganz herzlich für die speditive Behandlung und Ihre grundsätzlich sehr wohlwollenden Bemerkungen sowie Würdigungen unserer Arbeit bedanken. Sie haben neben der Speditivität aber auch sehr gute und gründliche Arbeit in den verschiedenen Geschäftsprüfungskommissionen, in den Fraktionen, aber auch heute hier im Rat geleistet. Wir danken Ihnen für das Vertrauen in die Arbeit unserer Verwaltung und des gesamten Stadtrates. Sehr gerne gebe ich die vielfach ausgesprochenen Dankesworte an unseren Finanzchef Ruedi Studer, aber auch an die Finanzchefs der Werkbetriebe und des AZP weiter.

Wir haben Ihnen in unserer Medienmitteilung geschrieben, die Rechnung sehe deutlich positiver aus, dank Sondererträgen. Es wurde mehrfach gesagt: Es sind diese fünf Einmaleffekte, die in der städtischen Rechnung genau diese 3,2 Mio. Franken ausgemacht bzw. einen besseren Bruttoertragsüberschuss ausgelöst haben. Es wurde auch gesagt, dass wir nicht die Einzigen mit einem positiven Rechnungsabschluss auf weiter Flur sind, sondern sowohl der Kanton wie auch beinahe alle thurgauischen Gemeinden deutlich besser abgeschlossen haben. GPK-Präsident Gemeinderat Matthias Hotz hat dies vorgängig erläutert.

Auch bei den Werkbetrieben liegt ein ausgezeichnetes Rechnungsergebnis vor. Wie Ihnen bekannt ist, ist dafür ebenfalls ein grosser Einmaleffekt verantwortlich. Ich kann nicht genug betonen, dass wir hier sehr viel Geld den Strom- und Gasbezügerinnen und -bezüger zurückzahlen. Es handelt sich dabei um keine Rabatte, Herr Gemeinderat Matthias Hotz, sondern um effektive Rückzahlungen. Ein Rabatt ist auf die zukünftige Leistung bezogen. Wir leisten demgegenüber aber Rückzahlungen von 1,2 Mio. Franken an die Stromkundinnen und -kunden und 1,5 Mio. Franken an unsere Gasbezügerinnen und -bezüger. Dazu nehmen wir noch Rückstellungen für ein zusätzliches Kleinwasserkraftwerk vor.

Auch das AZP schliesst erfreulicherweise besser als budgetiert ab, namentlich dank einer guten Auslastung.

Wir sind uns im Stadtrat sehr bewusst, dass solch guten Rechnungsabschlüsse regelmässig nach weiteren Steuerfussenkungsdiskussionen rufen. Ich kann Ihnen wie immer versichern, dass wir dies sehr seriös prüfen werden. Es ist aber auch meine Aufgabe als Finanzvorsteher und diejenige des gesamten Stadtrats in diesem Zusammenhang zur Vorsicht zu mahnen.

Es wurde verschiedentlich von den Ratsmitgliedern Marty und Hotz ausgesagt, dass wir wohl zu vorsichtig budgetieren würden. Danke jedenfalls an Gemeinderat Christoph Regli für die Rückendeckung, die er in diesem Zusammenhang geleistet hat, indem er erwähnt hat, dass wir wohl als 'Spinner' bezeichnet worden wären, wenn wir in dieser Situation zu optimistisch vorgegangen wären. Es ist ein alt bewährter Buchhaltungsgrundsatz, dass vorsichtig budgetiert werden muss. Das ist das Rollenspiel. Es ist auch Ihre Aufgabe, dass Sie uns das vorhalten können, wenn es allenfalls besser kommt als budgetiert.

Ich möchte Sie aber im Namen des gesamten Stadtrates doch darauf aufmerksam machen, dass wir uns in einer relativ unsicheren Zeit befinden. Sie wissen, was alles um uns in unseren Nachbarländern so abläuft. Ich meine an dieser Stelle nicht die Europameisterschaft, sondern

die Wirtschaftskrise. Es sind in diesem Zusammenhang sehr viele Fragezeichen offen, die allenfalls auch negative Auswirkungen auf die Schweiz ausüben können. Wir wissen zudem bereits, dass der Kanton eine massive Sparrunde einläuten wird. Dies konnte man auch schon den Medien entnehmen. Man spricht von rund 50 Mio. Franken, die der Kanton einsparen muss. Es ist offensichtlich, dass dies zu einem erheblichen Teil auf die Gemeinden abgewälzt werden wird. Ich habe hier einen Artikel aus der Thurgauer Zeitung, betitelt 'Spardruck auf die Gemeinden steigt'. Es wird eine neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden geben. Der Verband Thurgauischer Gemeinden (VTG) empfiehlt den Gemeinden von weiteren Steuerfussenkungen abzusehen und vorsichtig zu budgetieren, weil spätestens ab 2014 mit deutlichen Mehrausgaben für die Gemeinden zu rechnen sei. Wir wissen die genauen Zahlen noch nicht. Es soll aber noch vor den Sommerferien bekannt gegeben werden, wohin die Reise führt. Aber die vorerwähnte Entwicklung ist leider Gottes zu erwarten.

Sie wissen auch, dass wir erhebliche Investitionen im Finanzplan vorgesehen haben und dies bei relativ bescheidenen Bruttoertragsüberschüssen. Wir sollten also nicht allzu übermütig in die Zukunft gehen.

Es wurde auch von zwei Votanten erwähnt, dass wir vor der gesetzlich vorgeschriebenen Verselbstständigung der PK stehen. Dies stellt einen grossen Brocken dar. Dieses Geschäft werden wir noch vor der Sommerpause im Stadtrat behandeln. Sie erhalten im Herbst dieses Jahres eine Information. In diesem Zusammenhang sprechen wir von mehreren Mio. Franken, die wir wahrscheinlich aufwerfen müssen. Alles in allem ist also wirklich Vorsicht geboten.

Ich möchte noch die verschiedentlich geäusserte Kritik an unserer Rechnungslegung aufgreifen. Sie werden an der nächsten Ratssitzung vom 4. Juli 2012 über die Interpellation von Gemeinderat Peter Hausammann diskutieren können, der im Zusammenhang mit der Abschreibungspraxis diverse Fragen gestellt hat. Ich denke, dass an dieser Ratssitzung dann die Gelegenheit besteht, sich diesbezüglich Gedanken anzustellen. Ich möchte auch an dieser Stelle bereits darauf hinweisen, dass mit Zeithorizont 2015/2016 die Einführung des neuen harmonisierten Rechnungsmodells 2 (HRM2) so oder so ansteht. Dannzumal sehen die ganze Budgetierung und Rechnungslegung völlig anders aus. Wir werden uns somit in den nächsten drei Jahren ohnehin ganz grundsätzlich mit unserer Rechnungslegung auseinander setzen müssen. Im mache jetzt schon beliebt, dass wir dies in einem Gesamtpaket vornehmen und nicht alle halbe oder dreiviertel Jahre tröpfchenweise etwas.

Ich komme zum Schluss: Wir bitten Sie vom Stadtrat aus, unseren Anträgen zuzustimmen. Ich werde mich dann nochmals zum angekündigten Antrag von Gemeinderat Pascal Frey äussern. Besten Dank."

Der **Ratspräsident** geht zu den Anträgen auf den Seiten 42 und 43 der stadträtlichen Botschaft Nr. 11 vom 17. April 2012 über. Er wird die Abstimmungen über die Anträge zusammengefasst in kleineren Päckchen wie folgt vornehmen: Antrag 1 und 2.1 einzeln, Antrag 2.2 zusammen mit 2.2.1, 2.2.2 und 2.2.3, Antrag 2.3 zusammen mit 2.3.1, 2.3.2 und 2.3.3 sowie Antrag 2.4 zusammen mit 2.4.1, 2.4.2 und 2.4.3. Gegen dieses Abstimmungsprozedere werden seitens des Rates keine Einwände laut.

Abstimmungen

Antrag 1: Dem Antrag 1 wird einstimmig zugestimmt.

Antrag 2.1: Dieser Antrag wird ebenfalls einstimmig genehmigt.

Anträge 2.2, 2.2.1, 2.2.2 und 2.2.3: Diesen Anträgen wird mit 32 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zugestimmt.

Gemeinderat Pascal Frey: "Wie im Eintreten angekündigt, stelle ich im Namen der Fraktion SP/GWB/Juso einen Änderungsantrag zur Rechnung der Werkbetriebe, der wie folgt lautet.

In der stadträtlichen Botschaft sind beim Antrag 2.3.1 die 'Einlage Tarifierpassung Elektrizität' von 1'200'000 Franken auf 700'000 Franken zu kürzen und die verbleibenden 500'000 Franken direkt darunter als 'Einlage Spezialfinanzierung Erstellen von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie' zu verbuchen.

Dementsprechend müssen neue Konti in der Laufenden Rechnung der Werkbetriebe auf Seite 4 sowie in der Bilanz auf Seite 11 erstellt werden.

Unsere Begründung: Wir sind der Ansicht, dass die Energiewende ohne Wenn und Aber herbeigeführt werden muss! Falls jemand von Ihnen in diesem Saal noch nicht von dieser Notwendigkeit überzeugt ist, soll Er oder Sie sich doch bitte nachher bei mir melden. Ich zeige gerne die Details auf, die eine eindeutige Sprache sprechen. Natürlich ist die Erzeugung von erneuerbarer Energie nicht der einzige Eckpfeiler dieser Energiewende. Dezentrale Erzeugungsanlagen können aber einen grossen Teil zur Versorgungssicherheit und zur Unabhängigkeit im Strombereich beitragen.

Das Geld, welches wir hierfür benützen möchten, gehört grundsätzlich den Kunden der Werkbetriebe. Wir wissen auch, dass der administrative Aufwand viel grösser wäre, wenn die Stromtarife jedes Jahr angepasst würden, und so die Tarifierpassung das sinnvolle Instrument ist. Doch wir alle - also die Kunden des Elektrizitätswerkes - haben dieses Geld bereits ausgegeben. Es tut niemandem mehr weh. Und weil 60% des Betrages noch immer bei den Kunden ankommen, sind wir der Meinung, dass es absolut vertretbar ist.

Die Einlage soll nicht einfach geschehen, und dann nichts mehr - nein, uns schweben Projekte vor, die in den nächsten ein bis zwei Jahren realisiert sind. Gut geeignet sind hierfür zum Beispiel Photovoltaikanlagen auf stadteigenen Immobilien oder technische Vorbereitungsarbeiten für Geothermie. All diesen Sachen können unkompliziert erstellt werden.

Für Ihre Unterstützung danke ich im Voraus."

Gemeinderat Urs Herzog: "Ich spreche im Namen der Fraktion FDP/SVP/EDU. Es fällt richtiggehend auf, mit welcher Beharrlichkeit und Regelmässigkeit in jeder Gemeinderatssitzung zusätzliche Forderungen für Gelder, Unterstützungen, Neubauten und Erleichterungen für erneuerbare Energien gestellt werden.

Dabei ist diese Sparte ja schon äusserst grosszügig unterstützt:

- Der Kanton setzt 2012 dafür Steuergelder von 30.5 Mio. Franken ein.
- KEV Zahlungen werden mit knapp 7 Mio. Franken im Kanton via Strombezug den Konsumenten verrechnet. Für Frauenfeld macht das alleine 660'000 Franken aus, und voraussichtlich ab 2013 das doppelte.
- Der Energiefonds Frauenfeld wird mit 1 Mio. Franken pro Jahr gespiesen.
- Die bestehenden Photovoltaikanlagen dürfen das Stromnetz gratis als Batterie benützen und erhalten eine Einspeisevergütung für den Strom. Für die Stromstabilität sind andere Lieferanten zuständig, Solarstromlieferanten können diese Stromstabilitätsgarantie gar nicht übernehmen.
- Nicht zu vergessen ist die Einlage von 800'000 Franken für Stromerzeugungsanlagen, die wir schon im Budget enthalten haben.

Für den Antrag von Gemeinderat Pascal Frey haben wir kein Verständnis und lehnen ihn ab. Die Begründung dazu:

- Bloss weil ein Ablesetermin verschoben wurde, konnte unter anderem ein erhöhter Gewinn überhaupt ausgewiesen werden.
- Es kann nicht sein, dass zu viel bezahlte Energiekosten für die schon stark gebeutelte Wirtschaft (KMU und Industrie) nicht mehr zurückbezahlt werden und einfach so zweckentfremdet werden. Der geöffnete Strommarkt könnte dann dazu führen, dass gute Kunden prüfen, ob sie in Zukunft Energie ausserhalb der Werkbetriebe Frauenfeld beziehen wollen.
- Auch Gemeinderat Peter Hausammann hat ja erwähnt, dass eine gute und preiswerte Energieversorgung erwünscht sei. Preiswert ist auch eine Rückvergütung
- Eine interessante Feststellung ist, dass alle bis heute teuren Anstrengungen mit allen Photovoltaikanlagen in Frauenfeld nur einen Ertrag von 0.2% ausmachen!
- In Frauenfeld zahlen nicht einmal 1% der gesamten Abonnenten freiwillig mehr für den Alternativstrom, obwohl die Werkbetriebe und die Axpo grosse Werbung machen. Die Akzeptanz und das Geld dazu ist in der Bevölkerung einfach nicht vorhanden.

Fazit: Wir unterstützen keine Salamtaktik und werden den Antrag Frey nicht unterstützen."

Gemeinderat Peter Hausammann: "Kollege Herzog hat mich zitiert, dass ich für eine gute und preiswerte Versorgung sei, auch von Gewerbe und Industrie. Das ist selbstverständlich und ich habe es heute auch gesagt. Was Gemeinderat Urs Herzog eben nicht zitierte, dass ich für eine 'sichere' und 'nachhaltige' Versorgung bin. Das 'sichere' und 'nachhaltige' heisst eben auch 'erneuerbare Energien'. Dazu gehören diese beiden wichtigen Punkte. Er hat auch gesagt, dass der Kanton die Fördergelder für die erneuerbaren Energien erhöht. Warum wohl? - weil nur Links-Grüne in der Regierung hocken! Ich glaube, es verhält sich nicht so. Es gibt keinen links-grünen Regierungsrat. Vielmehr entfallen auf den Regierungsrat ein SP-ler und vier Bürgerliche, wenn ich da richtig im Bild bin - oder haben wir da anders gewählt letztthin. Der Regierungsrat erachtet dies als eine gute Sache und erhöht die Fördergelder in diesem Bereich, weil diese Förderung der erneuerbaren Energien eine wichtige Sache darstellt und der Atomstrom eben nicht von 'gestern', sondern von 'vorgestern' ist, Kollege Herzog. Wir haben nun beinahe zweieinhalb Stunden hier im Rat gehört, was wir in Frauenfeld für eine gute finanzielle Situation aufweisen. Dann liegt dieses 'Beträglein', das die SP-Fraktion vorschlägt, für diesen Spezialfall sicher drin. Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen."

Stadtammann Carlo Parolari: "Ich bitte Sie namens des Stadtrates, diesen Antrag abzulehnen. Ich möchte keine Energiedebatte führen und ich sage es auch gleich vorweg. Es geht auch nicht um das 'Beträglein', wie dies Gemeinderat Peter Hausammann vorhin gesagt hat, sondern um Grundsätzliches. Ich möchte Sie daran erinnern, dass unsere Kunden bereits über den Stromtarif 0,33 Rp/kWh in den Energiefonds zahlen. Sie mögen sich erinnern, dass jährlich 1 Mio. Franken (500'000 Franken aus Steuermitteln und 500'000 Franken über den Stromtarif = 0,33 Rp/kWh) in diesen Energiefonds eingelegt werden."

Es wurde auch schon erwähnt, dass wir nicht einfach 'nichts' unternehmen, wie da immer wieder unterstellt wird. Wir haben 800'000 Franken für die Vorfinanzierung eines zusätzlichen Kleinwasserkraftwerks in der Aumühle im Budget eingestellt. Ich hoffe, Sie werden diesem dann auch zustimmen. Es wurde auch von Gemeinderat Urs Herzog gesagt, dass wir 2,7 Mio. Franken nicht nur an Privathaushalte, sondern auch und insbesondere an Gewerbe- und Industriebetriebe zurückvergüten, welche dringend auf diese Beiträge angewiesen sind. Es wurde auch erwähnt, dass die Gewinne durch eine Verschiebung der Ableseperiode generiert wurden. Wir sind klar der Meinung, dass es sich dabei um einen generierten Gewinn durch eine buchhalterische Umbuchung handelt und dieser Gewinn somit eindeutig den Kunden zurückzugeben ist.

Zwei weitere Aspekte, die Sie noch nicht erwähnt haben: Wir befinden uns im öffentlichen Strommarkt. Eine Rückvergütung sehen wir von daher als zwingend an, weil es in diesem Zusammenhang insbesondere bei den Industriekunden um Kundenbindung geht. Es geht um Fairness und Partnerschaft, weil diese Kunden uns sonst abspringen könnten. Gemeinderat Urs Herzog hat es gesagt, dass die Grosskunden Strom auf dem freien Markt beschaffen können. Wenn wir aufgrund einer buchhalterischen Transaktion zu viel eingenommen haben, dann gehören diese Gelder auch wieder zurück an die jeweiligen Kunden. Als weiteres Argument ist anzuführen, dass wir im öffentlichen Strommarkt jährlich die Rechnungen über Netzentgelt und Energiekosten nach den Vorschriften der unabhängigen staatlichen Regulierungsbehörde im Elektrizitätsbereich, der ElCom, durchführen und dieser zur Genehmigung einzureichen haben. Wenn wir zu viel eingezogen haben, dann schreibt die ElCom vor, dass ein Teil der wirtschaftlichen Gewinne angemessen an die Kunden rückvergütet werden müs-

sen. Ansonsten verfügt dies dann einfach die ElCom und wir müssen es nachträglich vollziehen.

Wir sind der Meinung, dass wir mit den bisherigen Massnahmen und den geplanten Projekten sehr viel und vernünftig aufgestellt sind. Ich weise noch auf weitere Punkte hin:

- Die Photovoltaik-Anlage auf der Fahrzeughalle der Werkbetriebe wird vermutlich demnächst die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) erhalten. Wir befinden uns gegenwärtig etwa auf Platz 36 der Warteliste. Ich gehe davon aus, dass wir die KEV noch im Laufe dieses oder zu Beginn des nächsten Jahres endlich erhalten werden.
- Wir erstellen in diesem Jahr die Photovoltaik-Anlage im Zusammenhang mit dem Dachausbau der Liegenschaft Gaswerkstrasse 13. Dies wurde von Ihnen so im Rat beschlossen.
- Seit Januar dieses Jahres verfügt die Stadt Frauenfeld für drei Jahre über 100% zertifizierten Wasserstrom. Das ist nicht 'nichts' und wird immer wieder schnell vergessen.
- Was Sie aber möglicherweise noch nicht wissen, wir werden Ihnen einen grossen Kredit über 9 Mio. Franken für eine Beteiligung eines Städtetzwerks für erneuerbare Projekte im Bereich Wasserkraft und onshore Windkraft unterbreiten. Das sind Projekte, die 'einschenken'.

Das Argument von Gemeinderat Pascal Frey, dass Geld sei bereits ausgegeben und schmerze niemanden mehr, kann ich absolut nicht nachvollziehen. Wir vom Stadtrat kommen mit detaillierten Kreditvorlagen, wenn wir konkrete Projekte vorliegen haben und dann fragen wir Sie entsprechend an. Wir haben einiges in diesem Bereich in der Schublade. Sobald diese Projekte spruchreif sind, gelangen wir mit konkreten Krediten an Sie. Ich bitte Sie deshalb, keine 'Kässeli auf Vorrat' zu äufnen und diesen Antrag abzulehnen. "

Gemeinderat Pascal Frey: "Besten Dank, ich möchte nochmals ganz kurz zusammenfassen. Ich habe nie gesagt, dass die Stadt 'nichts' macht, aber meiner Meinung nach ist es viel zu wenig, wenn wir schauen, wo wir gesamtschweizerisch in diesem Bereich stehen. Frauenfeld darf sich dabei nicht ausklammern. Der Stadtammann hat ausgesagt, der Gewinn sei 'ausserordentlich', also darf man diesen auch ausserordentlich verwenden. Ich finde, eine gute Rückvergütung ist auch eine erneuerbare Rückvergütung. Wenn Sie meinen Antrag ablehnen, dürfen Sie im restlichen Jahr gerne auch mit dem Velo, anstatt mit dem Auto zur Arbeit fahren."

Der **Ratspräsident** führt nun über den Antrag von Gemeinderat Pascal Frey die **Abstimmung** durch.

Antrag Frey: Der Antrag von Gemeinderat Pascal Frey wird mit 11 Ja- gegen 21-Neinstimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Der **Ratspräsident** lässt nun über die stadträtlichen Anträge 2.3 und die damit verbundenen Anträge 2.3.1, 2.3.2 und 2.3.3 **abstimmen**.

Anträge 2.3 und 2.3.1: Diese beiden Anträge werden einstimmig angenommen.

Anträge 2.3.2 und 2.3.3: Auch diese beiden Anträge erfahren einstimmige Zustimmung.

Als letztes Paket wird über die Anträge 2.4, 2.4.1, 2.4.2 und 2.4.3 **abgestimmt**.

Anträge 2.4, 2.4.1, 2.4.2 und 2.4.3: Diesen Anträgen des Stadtrates wird ebenfalls einstimmig zugestimmt.

Der Gemeinderat beschliesst:

1. Der Geschäftsbericht über die Stadtverwaltung und ihre Betriebe für das Jahr 2011 wird genehmigt.
- 2.1 Die Rechnungen der Stadtverwaltung, der Werkbetriebe und des Alterszentrums Park für das Jahr 2011 werden genehmigt.
- 2.2 Der Nettoertragsüberschuss "Stadtverwaltung" von **Fr. 3'198'424.02** wird wie folgt verwendet:
 - 2.2.1 Es werden zusätzliche Abschreibungen in Höhe von **Fr. 2'871'349.70** bewilligt. (siehe Seiten 11 und 12 der Erläuterungen zur Laufenden Rechnung 2011).
 - 2.2.2 Es wird eine Einlage von **327'000 Franken** in den Kulturfonds der Stadt Frauenfeld vorgenommen (Konto 229008).
 - 2.2.3 Der Differenzbetrag bei der Rechnung der Stadtverwaltung von **Fr. 74.32** wird in das Eigenkapital, Konto 2300 "Ertragsüberschüsse Laufender Rechnungen" eingelegt.
- 2.3 Die Verwendung der Nettoertragsüberschüsse "Werkbetriebe" von **Fr. 6'991'402.00** wird wie folgt bewilligt:
 - 2.3.1 Beim *Elektrizitätswerk* wird der Ertragsüberschuss von **Fr. 3'697'152.56** für zusätzliche Abschreibungen, Einlagen in Spezial- und Vorfinanzierungen und Einlage Rest ins Eigenkapital wie folgt verwendet:

. Mittelspannungsleitungen	29'749.41
. Niederspannungsleitungen	752'846.49

. Transformatorenstationen	16'304.60	
. Ausrüstungen Stationen	172'272.78	
. Kleinwasserkraftwerk Zeughausbrücke	112'897.50	
. Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge, FLIS	<u>92'188.43</u>	1'176'259.21
. Einlage Tarifierpassung Elektrizität		1'200'000.00
. Einlage Spezialfinanzierung Techn. Anlagen EW		520'000.00
. Einlage Vorfinanzierung Stromerzeugungsanlagen		800'000.00
. Zuweisung Rundungsrest an Eigenkapital		893.35
		Fr. 3'697'152.56

2.3.2 Beim *Gaswerk* wird der Ertragsüberschuss von **Fr. 2'909'692.62** für zusätzliche Abschreibungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Einlage Rest ins Eigenkapital wie folgt verwendet:

. Fahrzeughalle	17'999.00	
. Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	<u>3'800.00</u>	21'799.00
. Einlage Tarifierpassung Gas		1'500'000.00
. Einlage Spezialfinanzierung Techn. Anlagen GW		1'380'000.00
. Zuweisung Rundungsrest an Eigenkapital		7'893.62
		Fr. 2'909'692.62

2.3.3 Beim *Wasserwerk* wird der Ertragsüberschuss von **Fr. 384'556.82** für zusätzliche Abschreibungen und Einlage Rest in Eigenkapital wie folgt verwendet:

. Leitungsnetz	41'565.50	
. Pumpwerke	48'245.63	
. Reservoirs	18'000.00	
. Wasseraufbereitung	214'000.00	
. Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	<u>56'800.00</u>	378'611.13
. Zuweisung Rundungsrest an Eigenkapital		5'945.69
		Fr. 384'556.82

2.4 Der Nettoertragsüberschuss *Alterszentrum Park "Haus Talbach/Ergaten/Betreutes Wohnen; Tageszentrum Talbach; Parksiedlung Talacker"* von **Fr. 426'083.12** wird wie folgt verwendet:

2.4.1 Für die Rechnung "Haus Talbach/Ergaten" wird eine Einlage in die Spezialfinanzierung "Defizitdeckung, Renovationen" von **Fr. 427'271.64** vorgenommen.

2.4.2 Für die Rechnung "Betreutes Wohnen" wird ein Bezug aus der Spezialfinanzierung "Neue Wohnformen" von **Fr. 9'449.62** vorgenommen.

2.4.3 Für die Rechnung "Tageszentrum Talbach" wird eine Einlage in die Spezialfinanzierung "Neue Wohnformen" von **Fr. 8'261.10** vorgenommen.

Der **Ratspräsident** hält fest, dass somit der Geschäftsbericht und die Rechnungen der Stadtverwaltung und ihrer Betriebe für das Jahr 2011 fertig beraten sind.

46

INTERPELLATION VON GEMEINDERAT CHRISTIAN SCHMID BETREFFEND "AKTIVE UNTERSTÜTZUNG PRIVATER EIGENTÜMER UND INVESTOREN VON SOLARSTROMANLAGEN"; EINREICHUNG UND BEGRÜNDUNG

Wie vorstehend angekündigt, hat Gemeinderat Christian Schmid an der heutigen Sitzung eine Interpellation betreffend "Aktive Unterstützung privater Eigentümer und Investoren von Solarstromanlagen" eingereicht. Diese Interpellation wurde von 12 Ratsmitgliedern mitunterzeichnet und weist folgenden Wortlaut auf:

Der Stadtrat wird ersucht, private Eigentümer und Investoren von Anlagen, die auf dem Gebiet der Stadt Frauenfeld Strom aus Solarenergie produzieren (KEV oder Eigenverbrauchsanlagen), kundenfreundlicher zu bedienen sowie von unnötiger Bürokratie und damit verbundener Kosten zu entlasten. Dabei geht es um die Umsetzung folgender Grundsätze:

1. *Der Stadtrat und die Stadtverwaltung (Werkbetriebe, Hochbauamt) begrüssen ausdrücklich die Initiative von Privaten, Solarstromanlagen auf Gebäuden zu erstellen.*
2. *Durch die Stadtverwaltung verursachte administrative Auflagen und Kosten für Solarstromanlagen sind so gering wie möglich zu halten. Dies gilt insbesondere für Baubewilligungen, Gesuchsformulare, Ein- und Umbau von Messgeräten, Übertragung von Messdaten sowie Elektrokontrollen. Die Stadtverwaltung unterstützt aktiv bei der Bewältigung von administrativem Aufwand, vermeidet Doppelspurigkeiten und überprüft periodisch, wie interne Abläufe weiter vereinfacht werden können.*
3. *Alle Vorgaben der Stadtverwaltung müssen auf klaren Rechtsgrundlagen beruhen. Empfehlungen von Verbänden der Energiewirtschaft (z.B. VSE, VTE) sind nicht zwingend verbindlich und sollen deshalb nicht automatisch als interne Richtlinien übernommen werden. Massgebend ist die sachliche Notwendigkeit im Einzelfall und übergeordnetes Kantons- oder Bundesrecht. Vorhandener gesetzlicher Spielraum soll zugunsten der Solarstromproduzenten ausgeschöpft werden. Das gilt auch für denkmalpflegerische Aspekte. Für die sachliche Notwendigkeit ist wiederum Grundsatz 2 anwendbar.*
4. *Der Stadtrat wird ersucht, die im Vergleich mit vielen anderen Thurgauer Gemeinden sehr tiefen Rückspeisetarife für Solarstrom anzupassen. Idealerweise sollte der rückgespiesene Strom dem bezogenen gegengerechnet werden, im Sinne von Eigenbedarfsdeckung auch bei Ungleichzeitigkeit. Diese Regel sollte bis zur Höhe des Eigenbedarfs anwendbar sein für Solarstromanlagen bis zu einer maximalen Grösse von 10 kWp.*

Begründung

Vergangenes Jahr haben Bundesrat und Parlament den Ausstieg aus der Atom-Energie beschlossen. Im Januar 2012 hat der Grosse Rat des Kantons Thurgau das "Konzept für einen Thurgauer Strommix ohne Atom" gutgeheissen, welches nun durch den Regierungsrat im Detail ausgearbeitet wird. Zitat aus der Homepage des Amtes für Energie des Kantons Thurgau: "Die Förderung von erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz gehört zu den Zielen der Thurgauer Politik. Bund und Kanton stellen dafür jährlich mehrere Millionen Franken

an Fördermitteln zur Verfügung. In diesem Zusammenhang spielen Solaranlagen eine wichtige Rolle". Zitat Ende.

Obwohl Frauenfeld Energiestadt ist und den "European Energy Award eea in Gold" in vier Jahren anstrebt, unterstützen der Stadtrat und die Stadtverwaltung diese Vorgaben im Bereich von Solarstromanlagen auf Gemeindegebiet nur ungenügend. Privaten etwa wird heute noch abgeraten, Solarstromanlagen auf ihren Gebäuden zu erstellen. Jene, die es trotzdem tun, werden mit verschiedenen bürokratischen Auflagen konfrontiert, die teilweise keine klare Rechtsgrundlage haben, sachlicher Notwendigkeit entbehren oder unnötige zusätzliche Kosten verursachen.

Unklare Rechtsgrundlagen

Oftmals beruft sich die Stadtverwaltung auf Empfehlungen von Verbänden der Energiewirtschaft (VSE, VTE, usw.) wie etwa bei Eigentumsverhältnissen von Solarstromanlagen, Ein-/Umbau von technischen Geräten oder bei Prüf- und Messverfahren. Diese Empfehlungen sind aber nicht rechtsverbindlich für die Stadtverwaltung. Zudem fehlt ihnen oftmals eine sachliche Notwendigkeit und man wird den Eindruck nicht los, dass es vor allem um die wirtschaftlichen Interessen der in diesen Verbänden vertretenen grossen Stromproduzenten geht. Für sie ist die dezentrale Stromproduktion von Privaten hinderlich für das eigene Geschäft und sie wollen sie daher mit ihren Empfehlungen erschweren. Es besteht überhaupt kein Zwang für die Stadtverwaltung, den Empfehlungen dieser Verbände zu folgen, insbesondere dann nicht, wenn sie unnötige zusätzliche Aufwendungen und Kosten zulasten der privaten Produzenten verursachen.

Aktive Unterstützung durch Stadtverwaltung

Es fehlt bis heute eine aktive Unterstützung der privaten Solarstromproduzenten durch die Stadtverwaltung bei der Bewältigung der administrativen Auflagen. Dadurch werden viele, die selber Strom produzieren möchten, aber mit der Materie nicht vertraut sind, abgeschreckt. Wir fordern darum insbesondere:

- Eine aktive Informations-, Auskunfts- und Tarifpolitik, die auch für Laien verständlich ist;
- Keine doppelspurigen Elektrokontrollen bei Abnahme von Anlagen;
- Keine Zählerauswechslungen (bei KEV-Anlagen nur zusätzlicher Zähler);
- Einrichtung von Fernablesungen nur auf Wunsch der Kunden;
- Die Erlaubnis für nichtkommerzielle Organisationen als Eigentümer von Solarstromanlagen auf Gebäuden von Dritten aufzutreten.

Einspeisevergütung für Eigenverbrauchsanlagen:

Die Stadt Frauenfeld folgt auch hier den Empfehlungen der Energiewirtschaft und zahlt im Vergleich zu vielen umliegenden Gemeinden die tiefsten Vergütungen. Ebenso unverständlich ist die Weigerung der Stadtverwaltung, diesen Strom zu vermarkten oder tariflich in den

Standardmix einzuspeisen. Sinnvoll wäre eine Anpassung der Einspeisetarife sowie eine eigene Vermarktung oder eine definierte Einspeisung im Standardmix des Stadtnetzes (zum Beispiel 10% Solarstrom).

Diese Interpellation wird zur Beantwortung an den Stadtrat überwiesen.

47

INTERPELLATION VON GEMEINDERAT PETER WILDBERGER BETREFFEND "FUSSGÄNGERZONE UND KOORDINATION DER PARKIERANLAGEN FÜR DIE PUBLIKUMSINTENSIVEN EINRICHTUNGEN IM GEWERBEGEBIET LANGDORF, FRAUENFELD-OST"; EINREICHUNG UND BEGRÜNDUNG

Ebenfalls wie vorgängig angekündigt, hat Gemeinderat Peter Wildberger eine Interpellation betreffend "Fussgängerzone und Koordination der Parkieranlagen für die publikumsintensiven Einrichtungen im Gewerbegebiet Langdorf, Frauenfeld-Ost" an der heutigen Sitzung eingereicht. Diese Interpellation wurde von 14 Ratsmitgliedern mitunterzeichnet. Der Interpellationstext lautet wie folgt:

Im Zusammenhang mit diversen Bauvorhaben im Gewerbegebiet Frauenfeld-Ost stelle ich dem Stadtrat folgende Fragen:

1. *Wie steht der Stadtrat im Sinne eines sorgsamen und verantwortungsbewussten Umgangs mit Boden zu einer verdichteten Bauweise auch in Industrie- und Gewerbegebieten mit mehrstöckigen Gebäuden und Parkieranlagen.*
2. *Wie beurteilt der Stadtrat prinzipiell ein Konzept mit einer möglichst grossen Fussgängerzone und gemeinsam benutzten Parkieranlagen und ist er bereit, die Koordination dafür zu übernehmen.*
3. *Sieht der Stadtrat andere Möglichkeiten, den bis jetzt verschwenderischen und fussgängerfeindlichen Umgang mit Bodenfläche zu verhindern, wie ihn Aldi, Lidl, McDonalds, Jumbo und Coop Bau+Hobby praktizierten.*
4. *Schlägt er dazu Reglements- oder gar Gesetzesänderungen vor.*

Begründung

1. Zumindest in den Legislatorschwerpunkten schreibt der Stadtrat: '*Damit sich die Wirtschaft vor Ort entwickeln kann, sorgt die Stadt für ausreichend und haushälterisch genutztes Industrie- und Gewerbebauland*'. Bis jetzt wurde dem haushälterischen Umgang wenig nachgelebt und viel Platz verschwendet. Viele Liegenschaften sind nur einstöckig bebaut, haben eigene grosse, nur von ihnen benutzte Parkplätze und interne Erschliessungsstrassen. Während Parkplätze eines Verteilzentrums abends und samstags leer sind,

haben Verkaufsgeschäfte für Bau und Hobby genau dann den grössten Parkplatzbedarf. Gemeinsam benutzbare grössere Parkieranlagen würden hier grosse Synergien erbringen.

2. Kennzeichen eines urbanen Stadtgefühls sind Publikum anziehende Fussgängerzonen, die zum sich treffen, verweilen und flanieren einladen und das Einkaufen zum Erlebnis werden lassen. In dieser Hinsicht ist Frauenfeld bis jetzt ein grosses Dorf geblieben, denn praktisch alle Städte von der Grösse Frauenfelds haben lebhaftere Fussgängerzonen.

Eine echte Fussgängerzone im Frauenfelder Zentrum war bis jetzt politisch nicht durchsetzbar, da sich gewisse Kreise wider ausgezeichneter Erfahrungen in anderen Städten dagegen sträuben. Mindestens sollte im neu sich entwickelnden publikumsintensiven Gebiet Frauenfeld Ost eine zusammenhängende Fussgängerzone zwischen Langfeld-, Ost-, Juch- und Langdorfstrasse entstehen können. Um die Wege zu verkürzen, ist eine mehrstöckige, verdichtete Bauweise gefordert und Fussgänger, die mit dem öffentlichen Verkehr ankommen, sollten sich nicht zuerst durch grosse Parkfelder durchkämpfen müssen. Es bestehen lediglich kurze Zufahrten zu gemeinsam benutzten Parkieranlagen, die unterirdisch oder mehrstöckig angelegt werden sowie zur Abholung von sperrigen Gütern.

3. Mit der Bewilligung zum Ausbau der Langfeldstrasse wurde ein Anfang gemacht, das Gebiet auch für Fussgänger und Velofahrer attraktiver zu machen. Wichtig ist nun, möglichst grosse Fussgängerzonen auszuscheiden, weitere Fussgänger- und Veloverbindungen zu schaffen, die Parkieranlagen zu koordinieren, interne zusätzliche Erschliessungsstrassen zu verbieten und den öffentlichen Verkehr zu verbessern.

Auch diese Interpellation wird dem Stadtrat zur Beantwortung überwiesen.

48

STELLUNGNAHME DES STADTRATES BETREFFEND VORWURF AMTSGEHEIMNISVERLETZUNG

Frau Vizeammann Christa Thorner: "Erlauben Sie mir aufgrund einer Pressemeldung von gestern, eine kurze Stellungnahme des Stadtrates abzugeben.

Die in den Wochenzeitung "Thurgauer Nachrichten" vom 12. Juni 2012 erhobenen Anschuldigungen betreffend Amtsgeheimnisverletzung in den Sozialdiensten sind haltlos und entbehren jeglicher Grundlage. Dazu halten wir Folgendes fest:

1. Bei den Sozialdiensten und der zuständigen Stadträtin wurde das erwähnte Schreiben nie eingereicht. Im Artikel wurde aufgeführt, dass ein Beschwerdeschreiben bei den Sozialdiensten bereits vor längerer Zeit eingereicht wurde. Allerdings erhielten wir indirekt davon Kenntnis. Die in diesem Schreiben kritisierte Person ist seit einem Jahr im Ruhestand und war die Zeit davor während drei Jahren nicht mehr im Schalterdienst tätig.

2. Im November 2011 wurde von externer Seite eine Anzeige betreffend Amtsgeheimnisverletzung gegen eine Mitarbeitende der Sozialdienste erstattet. Am 1. Juni 2012 hat die Staatsanwaltschaft eine Nichtanhandnahmeverfügung erlassen, weil keinerlei Anzeichen für eine Straftat bestanden haben.
3. Die zuständige Amtsleiterin und ich als Stadträtin haben mit den angeschuldigten Mitarbeitenden der Sozialdienste mehrere Gespräche geführt, wobei sich keinerlei Pflichtverletzungen ergeben haben.
4. Die in diesem Artikel erhobene Kritik an der räumlichen Ausstattung des Wartebereichs - es wurde behauptet, es sei ein Warteraum von 3 auf 3 Metern mit unzumutbaren Verhältnissen - und des Schalters bei den Sozialdiensten trifft nicht zu. Der Raum mit einer Länge von 4,55 m und einer Breite von 2,65 Meter könnte wohl grösser sein, im Grundsatz ist er aber mit einem Bankschalter vergleichbar. Und Bankschalter gelten als diskret, obwohl eine gewisse Öffentlichkeit gegeben ist.
5. Es ist auch anzumerken, was die Anmeldungen inklusive Aufnahme von Personalien betrifft, dass moniert wurde, es bestehe zu wenig Privatsphäre im Warteraum. Was diese Anmeldungen inklusive Aufnahme von Personalien betrifft, ist klar festzuhalten, dass diese in den Sozialdiensten immer in speziellen einzelnen Zimmern stattfinden, also nie auf dem Sekretariat und auch nie am Schalter.
6. Es wurde gesagt, dass die Leute an den Schalter gehen müssen, um das Geld abzuholen. Finanzielle Unterstützungen werden vom Grundsatz her von den Sozialdiensten via Bank überwiesen, was bei rund 520 Personen der Fall ist. Lediglich in rund 40 Fällen ist es aus besonderen Gründen - sozialarbeiterisch sinnvoll - angezeigt, die Auszahlung des Wochengeldes am Schalter vorzunehmen. Damit wird auch der regelmässige Kontakt mit Menschen sichergestellt, für die es wichtig ist, dass sie wöchentlich erscheinen.
7. Die Sozialdienste erbringen ihre Dienstleistungen im Spannungsfeld zwischen Hilfe und Unterstützung sowie dem gesellschaftlichen Auftrag zur Kontrolle von allenfalls verordneten Zwangsmassnahmen, insbesondere im Bereich Kindes- und Erwachsenenschutz. Dabei gilt es von den Sozialarbeitenden oft Entscheide durchzusetzen, die bei den Betroffenen zu Frustration führen, weil sie nicht deren Erwartungen entsprechen. Damit verbunden sehen sich die Mitarbeitenden der Sozialdienste in zunehmenden Mass, insbesondere am Schalter, mit Ausfälligkeiten oder Drohungen konfrontiert.

Erlauben Sie mir, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, diese Ausführungen an dieser Stelle anzubringen. Der Presstext ist bereits an die Medien versandt worden und wird dann Morgen in den entsprechenden Medien veröffentlicht werden.

Falls Sie Fragen haben, Vermutungen vorhanden sind oder Ihnen Gerüchte zu Ohren kommen, wenden Sie bitte sich an unsere direkt zuständigen Gremien Stadtrat und Fürsorgebehörde. Diese sind während der letzten Monate über diese einzelnen Vorfälle immer aktuell informiert gewesen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit."

Gemeinderatspräsident Herbert Vetter: "Somit bedanke ich mich zum Schluss ganz herzlich bei Ihnen für das gute Mitwirken, der Stadtgärtnerei für den Blumenschmuck und wünsche allen - mit oder ohne Fussball - einen schönen Abend. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, den 4. Juli 2012 statt. Dazwischen findet in eineinhalb bzw. zweieinhalb Wochen an zwei Wochenenden das kantonale Turnfest in Frauenfeld statt. Dieses ist sicherlich auch einen Besuch wert. Die Sitzung ist geschlossen.

- - -

Schluss der Sitzung: 19.50 Uhr

* * *